Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 60. Sonnabend den 1. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 26. Februar, Abends 8 Uhr. Die Kommission zur Prüfung des Schölcher'schen Antrages auf Abschaffung der Todesstrafe hat sich für Verwerfung desselben ausgesprochen. — „Vote universelle" ist zu 9000 Francs Strafe, 1½ Jahr Gefängniß und einem Monat Suspension verurtheilt worden. — Legislative: Piscatori, Amnestiebericht verlesend: verworfen. Ueber eine Interpellation Savatier's, in Betreff der inkonstitutionellen Municipalitätswahlen, geht die Legislative zur einfachen Tagesordnung über.

Stettin, 27. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 29½, pr. Juni 30½ Geld. — Rüböl pr. April 9¾, pr. Herbst 10½ Brief. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23¾ Geld.

Hamburg, 27. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide, unverändert. — Oel pr. Frühjahr 21, pr. Oktober 21½. — Kaffee, unverändert still. — Zink, stille.

Frankfurt a. M., 27. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 38.

Paris, 26. Februar, Nachm. 5 Uhr. 3pCt. 57, 80. 5pCt. 96, 35. (Berl. Bl.)

Ferrara, 21. Februar. Gestern sind 480 Mann des Kaiserregiments aus dem Venetianischen hier eingetroffen und werden Morgen nach Bologna marschiren. Weitere und stärkere Truppenzüge werden erwartet.

Triest, 27. Februar. London 12, 42; Silber 30.

Uebersicht.

Breslau, 28. Februar. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde die Berathung über den Preßgesetz-Entwurf fortgesetzt. Der schon in der vorigen Sitzung gestellte Antrag (von Gerlach): die §§ 40 bis 45 nebst sämmtlichen Amendements nochmals an die Kommission zurückzuweisen, wurde angenommen und sogar dies, auf Antrag des Justizministers, auf den ganzen fünften Abschnitt des Gesetzes ausgedehnt.

Man glaubt, daß die Kammern trotz der vorliegenden vielen und wichtigen Arbeiten doch schon Ende Mai werden geschlossen werden können.

Das neue Unterrichtsgesetz wird wahrscheinlich nicht mehr in dieser Session zur Berathung kommen.

Am 27. Febr. fand zu Berlin wieder ein Ministerrath unter Vorsitz Sr. Majestät des Königs statt; den Gegenstand der Berathungen bildeten wahrscheinlich die deutschen Angelegenheiten. Nach Beendigung desselben wurden Depeschen nach Wien und Dresden abgesendet. — Auch der russische Gesandte in Berlin hat (wahrscheinlich in Betreff der deutschen Frage) Depeschen nach Petersburg abgehen lassen.

Graf Arnim konferirt täglich mit dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel. Ersterer begiebt sich in diesen Tagen auf seinen Gesandtschaftsposten nach Wien.

Ihre Majestät die Königin ist noch nicht so weit hergestellt, daß sie auf dem, am 26. Februar im königl. Schlosse stattgefundenen Balle hätte erscheinen können.

Das Berliner C. B. giebt heute einige Notizen über die Art und Weise des Fortbestehens der deutschen Flotte.

Der Prinz von Preußen ist am 25. Februar in Köln eingetroffen.

In Koblenz haben die Redemptoristen festen Fuß gefaßt. Es sind 20 Patres dort.

In Betreff der Dresdner Konferenzen haben wir unter Deutschland wieder mehrere Berichte deutscher Zeitungen zusammengestellt. Ein Bericht der D. Allg. Ztg. schildert die Plenarsitzung vom 23. Februar als eine durchaus resultatlose, und meint: daß auch bei dem Wiederzusammentreffen nach 14 Tagen kein Resultat erzielt werden würde. Auch die Spen. Ztg. bezweifelt es, daß eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich zu Stande kommen werde, da Oesterreich von seinen Forderungen nicht abgehe, welche in ihren neueren Modifikationen von der gedachten Ztg. näher bezeichnet werden. Die D. A. Z. behauptet ferner, daß neuerdings in Dresden zwischen den preuß. und österreichischen Ministern und Bevollmächtigten keine Verabredungen in Betreff der kurhessischen, holsteinischen und schweizerischen Angelegenheiten stattgefunden haben. — Das Berliner C. B. hat erfahren: man werde sich dahin einigen, daß die alte Bundesverfassung fortbestehe, dagegen aber die Bundes-Militär- und Polizei-Organisation enger und kräftiger gestaltet werden würde. — Die Berliner „Reform" endlich meldet in einer sehr spitz gefaßten Korrespondenz aus Dresden: daß das Band zwischen Oesterreich, Baiern und Sachsen sich mit jedem Tage enger gestalte, dagegen Hannover und Würtemberg immer kälter gegen Oesterreich würden. Die zweite Kommission berathe gegenwärtig die Bestimmungen des Verhältnisses der Einzelverfassungen zu der Bundesverfassung. Ebenso sei auch die dritte Kommission noch thätig, ohne daß es jedoch zu irgend einem Abschluß der deutschen Zoll-Angelegenheiten kommen werde.

Am 24. d. M. kam es in der Abgeordneten-Kammer zu München zur Sprache, daß der Premierminister v. d. Pfordten, ohne Urlaub von der Kammer erhalten zu haben, abgereist sei. Der Präsident zeigte an: daß, wenn der Urlaub binnen acht Tagen nicht eingeholt würde, der Minister einberufen werden würde.

In Würtemberg glaubt man fest, daß ernste Demonstrationen gegen die Schweiz stattfinden werden. 2 Infanterie-Regimenter und 1 Kavalerie-Regiment sollen bereits dazu bezeichnet sein.

Am 25. äußerte der Ministerpräsident in der Kammer zu Hannover: er stelle in Abrede, daß Einflüsse von außen im Stande sein können, die verfassungsmäßigen Zustände abzuändern. Er könne dem Könige nur das Recht einräumen, auf verfassungsmäßigem Wege Schritte vorzunehmen, eine Verfassungs-Aenderung zu bewerkstelligen.

Auf dem Landtage in Mecklenburg haben sich die dortigen Ritter sehr feindselig gegen die mit Preußen abgeschlossene Militär-Konvention ausgesprochen. Die Angelegenheit wurde an eine Kommission verwiesen.

In Rendsburg ist eine Bekanntmachung erschienen, welche vor Verhöhnungen der dänischen Offiziere und vor Excessen gegen dieselben warnt. — Auch das östliche Holstein soll von Oesterreichern besetzt werden.

Zu Paris ist der Antrag auf Amnestie in der Kommission mit großer Majorität verworfen worden. — Der 24. Februar ist auch in den Provinzen ruhig vorübergegangen. — Frankreich hat sich enger an die Schweiz angeschlossen.

Die Ministerkrisis in London ist noch nicht beendigt. Die neuesten Nachrichten aus London stehen mit den Angaben der telegraphischen Depesche in der gestr. Bresl. Ztg. in Widerspruch, welchen wohl die Post morgen lösen wird.

In Stockholm haben an mehreren Abenden hintereinander Ruhestörungen stattgefunden. Auch in den Orten Stordal und Levanger sind so ernste Excesse verübt worden, daß eine ansehnliche Militärmacht aufgeboten werden mußte, um sie zu unterdrücken.

Der Wiener ministerielle „Lloyd" meldet: daß die halboffiziellen Mittheilungen der Berliner „Reform" und der N. Preuß. Ztg. in Bezug auf die Dresdener Konferenzen von dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel gegenüber dem Fürsten Schwarzenberg als unrichtig desavouirt worden seien.

Prager Blätter melden aus Wien, daß im Ministerium des Auswärtigen eine Note an sämmtliche Großmächte und Garanten der Verträge von 1815 vorbereitet wird, in welcher sich die österreichische Regierung klar und entschieden über ihre deutsche Politik ausspricht.

Unser Wiener 8-Korrespondent meldet uns von einem Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Dänemark in Betreff des Eintritts von Gesammt-Dänemark in den mitteleuropäischen Handelsbund und der Erbfolge. Es wird dasselbe für Preußen als um so gefahrdrohender geschildert, als es die Aufstellung des österreichischen Armeekorps in Holstein sichert und festigt.

Am 20. Februar sind 480 Oesterreicher in Ferrara einmarschirt, um weiter nach Bologna zu rücken. Noch stärkere Truppenzüge werden erwartet.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Neunundzwanzigste Sitzung vom 26. Februar.
Präsident Graf Rittberg.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über das Preßgesetz.

Die Sitzung wird um 11¼ Uhr eröffnet.

Auf der Ministerbank: Justizminister Simons, Minister des Innern v. Westphalen, Regierungs-Kommissar Scheerer.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. — Die Kammer geht hierauf zur Berathung der §§ 41 bis 45 des Preßgesetzes über.

v. Sybel bekämpft das Gesetz überhaupt als unausführbar, er sieht in demselben lediglich censurartige Präventivmaßregeln, die den Verkehr hemmen und selbst auf die Wissenschaften nachtheilig einwirken, die vorliegenden §§ tödten den ganzen preußischen Buchhandel. (Die Kammer ist in lebhafter Unterhaltung begriffen.)

Stahl setzt die leitenden Gesichtspunkte für eine eventuelle Zurückweisung an die Kommission auseinander. Es muß vor allem die Mitverpflichtung der Gewerbetreibenden überhaupt ausgesprochen werden, damit der Richter dieselben zur Strafe ziehen könne. Es müßten alle juristischen Fiktionen bei schweren Verbrechen wegfallen, hingegen dürften die sogenannten „faktischen Vermuthungen" des allgemeinen Kriminalrechts vielleicht dem Ermessen des Richters überlassen bleiben. Es wird sich fragen, ob bei schweren Verbrechen die allgemeinen kriminalrechtlichen Grundsätze ausreichen, und wie sich dieselben zum neuen Strafrecht verhalten. Ueber alles dies wird eine streng juridische Untersuchung nöthig sein. Der Redner erwähnt als Beispiel, „wie verschieden die Einzelfälle sein können, des Buches über die Petrefakten von Vogt", worin ein Kapitel über die Revolution vorkommt. Er kritisirt hierauf die Ansicht der Kommission über die Verantwortlichkeit der Sortimentsbuchhändler, der es an Grundsätzlichkeit fehle. Der Redner ist für die Zurückweisung an die Kommission.

Regier.-Kommissar Scheerer hält das in dem Entwurfe aufgestellte Prinzip aufrecht, welches darin besteht, daß alle bei den Preßerzeugnissen betheiligten Personen verantwortlich gemacht werden. Dies Prinzip müsse konsequent durchgeführt werden und die Kommission habe dies richtig erkannt. Die Schwierigkeit des Gesetzes bestehe darin, die Forderungen der öffentlichen Sicherheit mit denen der Gerechtigkeit zu vereinen. Deswegen seien in dem Entwurf einige scheinbare Ausnahmen von dem allgemeinen Grundsatz der Strafgesetzgebung, welche auch hier nicht angefochten ist, gemacht worden. Ueber die Aufnahme des Gesetzes seitens der Presse habe sich die Regierung keine Illusionen gemacht, doch hätte sie von mancher Seite eine minder leidenschaftliche Auffassung erwartet. Die Presse sei aber nicht die öffentliche Meinung, sondern nur ein Diener derselben und nicht alle Diener seien treu und uneigennützig. Die französische Nationalversammlung habe die Benennung „Gesetz des Hasses" acceptirt, welches die Presse dem letzten Preßgesetze gegeben, weil dasselbe ein Produkt des Hasses und des Abscheues vor den Ausschreitungen der schlechten Presse war. Was die Theilnahme von Sachkundigen an der Berathung betreffe, so habe die Regierung es daran nicht fehlen lassen, und wenn seitens der Gewerbetreibenden darüber geklagt werde, so sei vor der Umgestaltung des Verhältnisses eine Ausgleichung zu erwarten. Er müsse jedoch auch daran erinnern, daß das System der Kautionen von allen preußischen Buchhändlern als Ruin des Buchhandels bezeichnet worden sei, während es hier angenommen worden, ohne daß sich eine Stimme dagegen erhoben. Gegen die Zurückweisung an die Kommission habe er nichts einzuwenden.

Hansemann berichtigt einen vom Regierungskommissar gebrauchten Ausdruck des „Nachbuchstabirens" von Frankreich. Alle von der Regierung eingebrachten Preßgesetzentwürfe seien den französischen nachgebildet. Originell seien nur die in dem vorliegenden Entwurfe enthaltenen Präventivmaßregeln und die Entziehung des Postdebits.

Kisker erklärt sich gegen die §§ des ursprünglichen Entwurfs, weil sie die Censur durch den Drucker und den Verleger einführen, die schlimmer sei, als die Censur durch die Staatsbehörde. Es sei zweckmäßig, das Prinzip des § 39 deutlich hinzustellen, darum empfehle er für den § 40 folgende Fassung, die auch vom Abg. v. Tepper vorgeschlagen ist:

„Es treffen also den Verfasser und Herausgeber, wenn die Veröffentlichung mit ihrem Wissen oder Willen geschehen ist, sowie jeden Andern bei der Abfassung, Herstellung oder Verbreitung der Druckschrift Betheiligten, wenn er den strafbaren Inhalt derselben gekannt hat, die auf jene Verbrechen oder Vergehen gesetzten Strafen." Der Redner beleuchtet sodann die verschiedenen Amendements und empfiehlt die gründliche Prüfung nach vorgängiger Zurückweisung an die Kommission.

Justizminister deducirt in ähnlicher Weise wie der Regierungs-Kommissar, die Nothwendigkeit, sämmtliche Betheiligten zur Verantwortung zu ziehen. Das System der Fiction sei in dem Gesetze verlassen und das der Präsumption angenommen worden. Sollten die §§ noch einmal an die Kommission zurückgewiesen werden, so sei zu wünschen, daß nicht zu viel dem richterlichen Ermessen überlassen werde, sondern die Fälle möglichst präcisirt werden mögen.

Referent v. Jordan giebt anheim, die Paragraphen an die Kommission zurückzuweisen. Letztere würde sie in diesem Falle der gewissenhaftesten Prüfung unterziehen. Unter allen Umständen müßte aber das Prinzip aufrecht erhalten werden, daß der Redakteur unter allen Umständen verantwortlich sei. Was den Wunsch anbelange, daß die Kommission Sachverständige aus der Presse zu Rathe ziehe, so würde derselbe in Erwägung gezogen werden. Jedenfalls glaube er, daß selbst das konservativste Blatt immer mehr Blatt als konservativ sein werde.

Es folgt eine Reihe von thatsächlichen Berichtigungen in Beziehung auf des Referenten Hinweise auf Frankreich und Belgien.

Die Diskussion wird geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Das Amendement v. Gerlach (Zurückweisung der §§ 40—45 und der Amendements an die Kommission) wird mit großer Majorität angenommen.

Justizminister verlangt nun auch die Zurückweisung des noch übrigen Theiles des Entwurfes (Abschnitt V.) an die Kommission, damit dieselbe die Strafen dem Entwurfe des allgemeinen Strafgesetzbuches anpasse oder sich über andere Strafbestimmungen erkläre.

Die Kammer tritt dem Antrage bei.

Gegen den Antrag v. Rönne's, die Kommission zu beauftragen, Sachverständige und die Amendementsteller zu hören, protestirt v. Jordan, da er gegen die Geschäftsordnung sei; Lette empfiehlt dringend die Annahme des Rönne'schen Antrages.

Der Präsident eilt den Antrag zur Abstimmung zu bringen, v. Jordan hält es für unzuläßig hierüber abzustimmen.

Witzleben gegen die Zuziehung von Sachverständigen, was zu viel Zeit kosten würde. Brüggemann verspricht, daß alle diese Wünsche in der Kommission in Erwägung gezogen werden sollen, kann aber keine positive Versicherung darüber abgeben. — Goltdammer und v. Vincke protestiren gegen die Behauptung, daß die Geschäftsordnung das Ansinnen des Amendementstellers nicht zulasse. — Es erfolgen noch thatsächliche Berichtigungen von Hermann und Hansemann. v. Rönne hat seinen Antrag zurückgezogen, in der Voraussetzung, daß die Kommission ihn berücksichtigen werde.

Zur nächsten Sitzung wird besonders eingeladen werden.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Berlin, 27. Febr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Ober-Hütten-Inspektor Schäffer zu Saynerhütte den Charakter als Bergrath; und dem Rentier Israel Moser den Titel eines Hof-Kommissions-Rathes zu verleihen.

Das zweite Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 3347 den allerhöchsten Erlaß vom 23. Dez. 1850, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Spremberg über Muskau und Niesky nach Görlitz; unter Nr. 3348 die Bekanntmachung über die unterm 23. Dezember 1850 erfolgte Bestätigung des Statuts der Aktien-Gesellschaft für den spremberg-görlitzer Chausseebau. Vom 10. Februar 1851; unter Nr. 3349 den allerhöchsten Erlaß vom 2. Januar 1851, betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Gemeindebezirk der Stadt Ratibor; unter Nr. 3350 den allerhöchsten Erlaß vom 2. Januar 1851, betreffend den Gebührensatz für die Benutzung der Kielbänke in Neufahrwasser und in den Binnengewässern bei Danzig; unter Nr. 3351 den allerhöchsten Erlaß vom 20. Januar 1851, betreffend die Errichtung einer Handelskammer für die Stadt Posen; unter Nr. 3352 die Bekanntmachung über die unterm 8. Januar 1851 erfolgte Bestätigung des Statuts des Aktien-Vereins zur Erbauung von Familien-Wohnungen in Halle. Vom 23. Januar 1851; unter Nr. 3353 die Bekanntmachung, betreffend die erfolgte Bestätigung der zu Breslau unter dem Namen „Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern" zusammengetretenen Aktien-Gesellschaft. Vom 24. Jan. 1851; und unter Nr. 3354 den allerhöchsten Erlaß vom 3. Februar 1851, betreffend die dem Grafen Johann Gustav v. Saurma und dessen Besitz-Nachfolgern in der Herrschaft Jeltsch zugestandene Chausseegeld-Erhebung auf der Chaussee von der Grenze des ohlauer Stadt-Terrains über Bergel, Ottag und Jeltsch bis zur laskowitzer Feldgrenze, so wie die demselben in Beziehung auf die Unterhaltung dieser Chaussee bewilligten fiskalischen Vorrechte.

Abgereist: Se. Excellenz der großherzoglich-mecklenburg-schwerinsche Staats-Minister, Graf v. Bülow, nach Schwerin.

Berlin, 27. Februar. [Tagesbericht.] Gestern Abend war großer Ball im königl. Schlosse, zu dem besondere Einladungen erfolgt waren. Ihre Majestät die Königin waren noch nicht so weit hergestellt, um bei dem Feste erscheinen zu können. (D. Ref.)

Wie wir bereits gestern im Voraus berichtet, trat heute Vormittag 9 Uhr unter dem Vorsitz Sr. Majestät der Ministerrath zusammen. Gegenstand der Berathung dürften die deutschen Angelegenheiten gewesen sein; denn, wie wir hören, sollen in Folge dieser Berathung Depeschen nach Wien und Dresden abgesandt werden. Dem Vernehmen nach herrscht in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten vollständige Uebereinstimmung sämmtlicher Mitglieder des Ministerraths.

In der vergangenen Nacht ging ein Kurier aus dem russischen Gesandtschafts-Hotel nach St. Petersburg mit Depeschen ab, von denen man vermuthet, daß sie sich auf die deutschen Angelegenheiten beziehen.

Der Freiherr v. Manteuffel, Abgeordneter des Luckauer Kreises, hat sein Mandat wegen Beförderung im Amte niedergelegt. Er war bekanntlich schon lange zum Regierungs-Chef-Präsidenten in Frankfurt a. d. O. designirt und soll dem Vernehmen nach jetzt das betreffende Patent erhalten haben. (N. Pr. Z.)

Der Staatsminister a. D. Uhden wird sich demnächst auf den ihm bestimmten Posten in Kassel begeben.

Die Berathung über den Strafgesetz-Entwurf ist in der Kommission vollendet. Ueber die Aenderungen, welche von der Kommission vorgeschlagen sind, hat, wie man vernimmt, eine Einigung mit den Kommissarien der Regierung stattgefunden und wird nun der Antrag auf en bloc Annahme durch das Plenum der ersten und zweiten Kammer gerichtet werden, da man dies für den einzigen Weg hält, auf welchem es möglich sein dürfte, bei den vielen Arbeiten der gegenwärtigen Session diesen Entwurf zum Gesetz zu erheben.

Nach der „Sp. Z." hofft man von Seiten des Präsidiums der zweiten Kammer, daß die Arbeiten derselben so gefördert werden können, daß, wenn auch nicht bis Ostern (20. April) doch bis Ende Mai die Hauptarbeiten erledigt sind, und der Schluß der Session herbeigeführt werden kann. Freilich sind neben den zeitraubenden Budgetverhandlungen, die beiden Disziplinargesetze, das Preßgesetz und das Strafgesetzbuch zu verhandeln und zwar so, daß die erste Kammer mit der zweiten gleichen Schritt hält, indeß hofft man dennoch, jenen Schlußtermin einhalten zu können, wenn auch später täglich zwei Plenarsitzungen gehalten werden müßten. Die Budgetkommission, unter dem Vorsitz des Herrn v. Bodelschwingh, hält öfters 6stündige Sitzungen.

Die Kommission der ersten Kammer, welche sich mit dem Antrage des Freiherrn v. Vincke wegen Anordnung einer interimistischen Kreisvertretung beschäftigt hat, hält nicht dafür, daß eine solche den bestehenden Zustand verbessern würde. Sie will diesen unangefochten lassen und empfiehlt der Kammer die einfache Tagesordnung über den Antrag, indem sie das Regulativ, welches der Minister des Innern am 3. Juni 1850 zur Ausführung der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung erlassen hat, für ausreichend ansieht. In einer Sitzung der Kommission trat der Regierungs-Kommissarius der Aeußerung, daß mit Einführung der Kreis-Ordnung gezögert zu werden scheine, mit der Bemerkung entgegen, bereits habe eine Regierung, in deren Bezirk die Gemeindeordnung eingeführt sei, die Weisnng erhalten, mit den vorbereitenden Maßregeln zur Einführung der Kreisordnung vorzugehen.

Bei dem Wiederverkauf der von der Stadt Berlin behufs der Mobilmachung gestellten, jetzt vom Militär zurückgewährten Pferde hat die Stadt durchschnittlich für das Pferd 51 Rtl. gezahlt erhalten, während es ihr durchschnittlich 88½ Rtl. beim Einkaufe gekostet hatte. — Der Verlust der Stadtkasse beträgt allein bei diesem Mobilmachungsfaktor 21,160 Rtl. (N. Z.)

Graf Arnim (Heinrichsdorf), welcher bekanntlich schon in den nächsten Tagen nach Wien geht, arbeitet fast täglich mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herrn v. Manteuffel.

Der neu ernannte Ministerresident und Generalkonsul für Mexiko, Freih. v. Richthofen, wird in den nächsten Tagen auf seinen Posten abgehen.

Wir hören, daß das neue Unterrichtsgesetz, welches unter dem frühern Kultusminister bereits vollendet, jetzt einer neuen Bearbeitung unterliegt, leicht in dieser Session nicht mehr als Vorlage den Kammern zugehen möchte.

Das Kriegsministerium hat ein neues Servis-Reglement ausarbeiten lassen, welches jetzt zur Prüfung im Ministerium des Innern vorliegt.

In Betreff der Zukunft der deutschen Flotte verlautet, daß Oesterreich auf eine Fortbildung derselben so wie auf eine fernere gemeinsame Verwaltung einzugehen bestimmt abgelehnt und eine Vertheilung des Bestandes nach Maßgabe der gezahlten Matrikularbeiträge proponirt habe. Es mag hier ein Vorschlag eine Stelle finden, den eine Auktorität in deutschen Marineangelegenheiten aufgestellt hat. Derselbe empfiehlt die Bildung von 3 Spezialverwaltungen unter der obersten Bundesbehörde, eine in Wien für die Eskadre des adriatischen Meeres, eine zweite in Berlin für die Eskadre der Ostsee, die dritte in Hannover oder Bremen für die Eskadre der Nordsee. Die Matrikularbeiträge würden in drei gleiche Theile für jede Eskadre zu repartiren sein. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der deutsche Handel, soll er sich zu einem Welthandel gestalten, einer Marine nicht entbehren kann. Der gegenwärtige Zustand, die ungewisse Lage der deutschen Verhältnisse überhaupt, wirkt bereits höchst nachtheilig auf den Handel, und wie aus Bremen gemeldet wird, ziehen die dortigen Rheder es bereits vor, ihre Schiffe für dritte Länder zu verfrachten und vermeiden, so viel thunlich, eigene Unternehmungen.

Herr v. Gerlach hat die früher von ihm eingebrachten Petitionen — es sind 127 an der Zahl — wegen Eröffnung der Kammersitzungen mit einem Gebet bei der Petitionskommission der ersten Kammer wieder aufgenommen. (C. B.)

Die Wahl eines Abgeordneten zur 1. Kammer für den Wahlkreis Stadt und Land Königsberg, Heiligenbeil und Fischhausen an Stelle des Bürgermeisters Sperling ist mit 9 gegen 6 Stimmen auf den zur Disposition stehenden Hauptmann Otto v. Keudell zu Berlin gefallen. (C. C.)

Köln, 25. Febr. Se. k. H. der Prinz von Preußen traf heute Abend mit dem Mindener Zuge hier ein und stieg in dem k. Regierungsgebäude ab. (K. Z.)

Koblenz, 24. Febr. [Redemptoristen.] Was ich Ihnen kürzlich über die hier beabsichtigte Errichtung eines Provinzial- oder Haupthauses des Redemptoristen-Ordens gemeldet, hat in der zu Köln erscheinenden „Volkshalle" Widerspruch gefunden, welche sich anmaßt, in kirchlichen Dingen besser unterrichtet zu sein. Gleichwohl kann ich meine neuliche Mittheilung nur bestätigen und jetzt noch hinzufügen, daß die Zahl der hierher bestimmten Patres auf 20 bestimmt und daß es die Absicht ist, ihnen für die bevorstehende Fastenzeit den ausschließlichen Besitz aller Beichtstühle einzuräumen, was ihnen von der Pfarrgeistlichkeit auch bereits zugestanden sein soll. Viele sonst gut katholische Familien tragen indeß gerechtes Bedenken, bei diesen ihnen fremden Geistlichen zur Beichte zu gehen, und haben erklärt, die Erfüllung ihrer österlichen Pflichten lieber aufschieben zu wollen. Man

muß gestehen, daß die sogenannte innere Mission, durch welche vermittelst des gedachten Ordens auf die Bevölkerung gewirkt werden soll, bereits sehr an Ausdehnung gewonnen hat. (D. Reform.)

Deutschland.

Dresden, 26. Februar. [Die Konferenzen.] Auch Hr. Prokesch v. d. Osten hat Dresden verlassen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Vor seiner Abreise wohnte er noch nebst Graf Buol-Schauenstein einer Konferenz bei, in welcher die Minister v. Beust und v. d. Pforten gegenwärtig waren. Man will hier überhaupt unter den zeitigen leitenden Personen Oesterreichs, Baierns und Sachsens eine viel größere Annäherung bemerkt haben, wie während der früheren Sitzungen, während eine unverkennbare Kälte gegen die Bundesgenossen von Hannover und Würtemberg eingetreten zu sein scheint. Heute verließ auch Hr. v. d. Pfordten Dresden. Seine Rückkehr wird sich wohl nach dem Wiedereintreffen des Fürsten Schwarzenberg richten, mit dem er hinsichtlich des Ankunftstages sehr sympathisirt. — Bevollmächtigte mehrerer kleinen Staaten werden ebenfalls kurze Zeit Ferien machen, wahrscheinlich um ihren Souveränen persönlich über die Lage der Dinge zu referiren. — Die Thätigkeit der zweiten Kommission behandelt augenblicklich das Verhältniß der Einzelverfassungen zur event. Bundesverfassung. — Vorab sind diese Vorarbeiten jedenfalls ein reiches Material für eine event. Bundescentralgewalt, deren Bestand aber erst bedingt ist, wenn die Kommissionsarbeiten nicht abermals bloße theoretische Exercitien bleiben sollen. — Die Berathungen in den materiellen Fragen lassen, wie man hört, ebenfalls keinen Anschluß in den Zollangelegenheiten hoffen, sondern stellen nur die möglicherweise erreichbare Annäherung in einzelnen Fragen fest. — Mit der Erörterung staatsrechtlicher Fragen soll sich zwar die Zollkommission ebenfalls, und zwar hinsichtlich der Monopole, befaßt haben, jedoch nur zu dem Zweck, um die Steuer- und Zollverhältnisse der einzelnen hier verhandelnden Staaten, zu dem einmal in den resp. Ländern bestehenden Monopole zu konstatiren. (Ref.)

[Die Dresdener Konferenzen.] So ist es denn nun wirklich nach vielen Kraftanstrengungen gelungen, die längst vorbereitete Plenarsitzung am 23. Febr. abzuhalten; allein das Resultat derselben kann ich Ihnen als gänzlich inhaltlos und ohne alle Bedeutung bezeichnen. Man saß wirklich fast volle fünf Stunden, und tauschte seine Meinungen und Wünsche aus, wobei sich der Ihnen gestern mitgetheilte Parteistandpunkt der einzelnen Fraktionen wesentlich feststellte. Die Mittelstaaten wollten allerdings zwar etwas Neues konstituiren und scheuen nichts so sehr als den alten Bund, mit Ausnahme der Großmacht Baiern, die auch etwas Neues will, nämlich: sich als „Großmacht" heranreifen sehen und seinem Verbündeteten die „Kaiserkrone" aufsetzen zu können. Bei aller Heiterkeit, welche diese „Kaiseridee" erregt, muß man jedoch schon das Auftauchen derselben kühn und wahnwitzig nennen. Allein wenn man einen guten Handel machen will, muß man viel, sehr viel fordern, um einen guten Theil zu erlangen: „zum Abhandeln, d. h. Heruntergehen von seinen Forderungen bleibt ja noch immer Zeit", sagt ein altes orientalisches Sprüchwort, wovon die Virtuosen im Handeln (Tauschen), die Juden, meistens guten Gebrauch gemacht haben. Es scheint deshalb, als hätte Oesterreich bei diesen Leuten Unterricht genommen. Die Kleinstaaten wollten meistens nicht viel von dem neuen Projekt wissen, wo je neun von ihnen eine Stimme haben sollen; sie kamen aber in der Plenarversammlung nicht viel zum Wort, indem die preußischen und österreichischen Vertreter viel Zeit gebrauchten und nächst diesen der angehende Großmachtspremier eine sehr gedehnte parlamentarische Oratio vom Stapel laufen ließ, die allein über eine Stunde währte. Doch scheint es, daß Alles auch hiernach so klug und weise blieb wie zuvor, an eine Einigung auch nur in einem Punkte kein Gedanke. Um nun aus diesem unheimlichen und unheilvollen Dilemma herauszukommen, wurde der Antrag gestellt, eine vierzehntägige Frist verstreichen zu lassen, während welcher die alten Anträge bei den Kommissionen noch einmal berathen und auch neue Anträge gestellt werden können. Zeit gewonnen, alles gewonnen, scheint hier bei allen Parteien der Wahlspruch zu sein, denn dieser Antrag fand allgemeine Annahme und damit war **das große Räthsel: die Herstellung einer Plenarsitzung, gelöst. Man steht jetzt gerade da, wo man angefangen hat.**

Nach 14 Tagen werden wieder die HH. v. Manteuffel, v. Schwarzenberg, v. d. Pfordten und Andere erscheinen, und es wird vielleicht gelingen, eine zweite Plenarsitzung zustandezubringen, allein wir haben, wie die Dinge jetzt stehen, kein Vertrauen mehr, daß Etwas in Dresden erreicht werde.

Viele Zeitungen beschäftigen sich bereits von Dresden aus mit Verabredungen, die zwischen den beiden Ministerpräsidenten getroffen sein sollen in der schleswig-holsteinischen, der hessischen, ja sogar in der schweizer Frage und endlich auch, wie man sich bei eintretenden Eventualitäten in Frankreich verhalten wolle. Von alle Dem ist bis jetzt noch nichts geschehen, und in allen vier Angelegenheiten nicht eine Verabredung getroffen. In Schleswig-Holstein bleibt das Provisorium, und Aenderungen sind nur der zukünftigen Bundesgewalt vorbehalten, ebenso die definitiven Unterhandlungen mit Dänemark zur Herstellung eines Definitivums. In Hessen sollen die jetzigen absoluten Zustände auch beibehalten werden, bis der neue Bund hierin eine Aenderung trifft. Und nun gar die Schweiz! Man kann wohl annehmen, daß auch hier die Restauration ihre Segel hissen wird, allein das Wie liegt noch im Schooße der Dunkelheit, und auch hier wird es erst der neuen Centralgewalt zugetheilt werden. Was aber die gegenwärtigen Verhältnisse in Frankreich betrifft, so sieht wohl jeder scharfsinnige Beobachter, daß zwar sehr leicht ein Kammerkonflikt ausbrechen kann, damit aber noch keine Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung verbunden sind, da Paris schon durch die jetzt sehr florirenden Industriezweige aller Art sich einer großen Unbeweglichkeit und Theilnahmlosigkeit der arbeitenden Klassen an der Tagespolitik erfreut. Auch ist zu bedenken, daß der größte Theil der Bewegung der letzten Jahre lediglich socialistischer oder kommunistischer Natur war; in dieser Beziehung ist aber auch mancher Funke Wahrheit und Verstand in die Köpfe hineingeflogen und deshalb geht für den Augenblick dort ein eben solcher Gährungsprozeß der Parteien vor wie in Deutschland. Es wäre deshalb nur bei Ereignissen von oben zu fürchten, die aber auch nicht zu erwarten stehen. Dies sieht man auch in ministeriellen Kreisen sehr gut ein und deshalb fürchtet man vorerst von dieser Seite nichts. Dagegen benutzt man diesen Popanz stets mit Erfolg gegen den Liberalismus und die Träger desselben, das ängstliche Spießbürgerthum (D. A. Z.)

Berlin, 27. Februar. [Dresdener Konferenzen.] In Betreff der Unterhandlungen, die, wie mehrseitig berichtet wird, während der Vertagungsfrist der Dresdener Konferenzen zwischen Preußen und Oesterreich stattfinden sollen, hört die „Sp. Ztg.", daß, da die beiderseitige Stellung von den betreffenden Minister-Präsidenten selbst bestimmt und bis zum äußersten Punkt des Entgegenkommens in Dresden markirt worden, Unterhandlungen, behufs Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich über die deutsche Angelegenheit, vor der Widerzusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten in Dresden schwerlich stattfinden werden.

Wenn berichtet wurde, schreibt dasselbe Blatt, daß der Fürst Schwarzenberg in seinen Forderungen im Allgemeinen etwas zurückgegangen sei, so hören wir dagegen, daß er nach wie vor die alleinige Führung des Vorsitzes durch Oesterreich in der executiven Bundesgewalt beansprucht, und auch in Betreff des Vorsitzes im Plenum dem Hrn. v. Manteuffel noch keine definitive Zusage gemacht habe, und zwar soll der Fürst Schwarzenberg von seiner Forderung in Betreff des alleinigen Vorsitzes Oesterreichs in der Executive aus dem Grunde nicht abgehen zu dürfen geglaubt haben, weil einestheils ein einstimmiger Beschluß sämmtlicher Bundesglieder dazu erforderlich wäre, und anderntheils der Umfang des Kaiserstaats, wenn derselbe in seiner Gesammtheit in den deutschen Bund aufgenommen würde, vor dem des preußischen Staats auf die alleinige Führung des Präsidiums einen unverkennbaren Anspruch habe. Hiernach dürfte auch eine fernere Mittheilung zu bemessen sein, daß Fürst Schwarzenberg zu erkennen gegeben, daß Oesterreich auf den österreichischen Präsidial-Gesandten unter Umständen verzichten würde. Dies „unter Umständen" dürfte dahin zu interpretiren sein, daß Oesterreich auf den Präsidial-Titel seines Gesandten allenfalls verzichten würde, wenn es den Vorsitz in der Exekutive allein führte; es wäre das aber mehr als der äußerliche Präsidial-Titel. Es geht hieraus hervor, daß der österreichische Minister-Präsident bis jetzt in keiner Beziehung nachgegeben hat, und wenn man darin einen Schein von Parität zu erblicken glaubt, daß Fürst Schwarzenberg es zugestanden, daß die Hälfte der Bundesbeamten von Preußen, die andere Hälfte von Oesterreich zu ernennen sei, so darf man das darin liegende Illusorische nicht übersehen, denn die Ernennung der Bundesbeamten würde höchstens mit einiger Rücksicht auf die eine oder andere Macht, keinesfalls aber von einer der Mächte direkt, sondern nur von der Bundesversammlung, und zwar wiederum von dem vorsitzenden Theile derselben erfolgen können.

Den größten Erfolg verspricht das C. B. den Dresdener Konferenzen: „Die Verhandlungen werden nochmals aufgenommen werden, sie werden aber, was eine Umbildung des Bundes anlangt, resultatlos bleiben müssen. Vielleicht hat ein Projekt, welches die frühere Bundesverfassung fortbestehen läßt, die Bundes-Militär- und Polizei-Organisation aber enger knüpft, noch die meisten Chancen." (!!!) —

[Der Wiener ministerielle Lloyd] äußert sich gegen die preußischen ministeriellen Organe folgendermaßen: „Dresden, 24. Februar. Die gestrige Plenarsitzung giebt aufs Bestimmteste der Hoffnung Raum, die Arbeiten wenigstens der beiden ersten Kommissionen der Minister-Konferenz in Bälde geschlossen zu sehen. Zwar ist es zu einem Definitivum auch gestern noch nicht gekommen, vielmehr sind Fürst Schwarzenberg und Herr v. Manteuffel übereingekommen, in vierzehn Tagen wiederum hier zusammenzutreffen. Indessen hat sich wenigstens das erfreuliche Resultat herausgestellt, daß es mit den angeblichen Differenzen, welche den Berichten der Berliner und norddeutschen Blätter zufolge zwischen den beiden Minister-Präsidenten ausgebrochen sein sollten, wenig oder gar nichts auf sich habe. Es verdient in dieser Beziehung Erwähnung, **daß Herr v. Manteuffel dem Fürsten Schwarzenberg gegenüber die beunruhigenden Mittheilungen, welche in dieser Beziehung die „deutsche Ref." und namentlich die „Neue preuß. Zeitung"** in den letztverflossenen Tagen enthielten, **ausdrücklich desavouirt und sich dahin ausgesprochen haben soll, daß diese Nachrichten auf Quellen beruhen, welche außerhalb der Inspiration des Ministeriums lägen.** Es erscheint dies ziemlich wahrscheinlich, wenn man in Erwägung zieht, daß der, wie man allgemein glaubt, thatsächliche Redakteur der „deutschen Reform", Regierungs-Assessor Rudloff, die ganze verflossene Woche hindurch durch seine Anwesenheit hierselbst als Sekretär des Ministerpräs. v. Manteuffel abgehalten war, dem genannten Blatte seine Kräfte und seine Ueberwachung zu widmen, und daß es diesen Einflüssen, denen gegenwärtig die „deutsche Reform" in der Regel verschlossen sein dürfte, ermöglicht wurde, sich für einen Augenblick darin wieder Geltung zu verschaffen. Die Einsetzung einer neuen Executiv-Behörde, welche man als unmittelbare Folge der diesmaligem Zusammenkunft der beiden Minister-Präsidenten erwartete, dürfte nach den zwischen denselben getroffenen Vereinbarungen nun auch noch bis nach ihrem in vierzehn Tagen bevorstehenden Wiederzusammentreffen verschoben werden. Gewiß aber ist es, daß eine solche neue Executivgewalt eingesetzt werden wird, wenn auch vielleicht die Form derselben nicht diejenige ist, welche in dem Kommissionsberichte beantragt wird. Was einige Blätter von unveränderter Wiederherstellung des Bundestages für den Fall, daß Preußen bei Oesterreich mit seinen „Forderungen" nicht durchdringen sollte, fabeln, ist leere Selbstkombination. Dem Fürsten Schwarzenberg dürfte es gelungen sein, Hrn. v. Manteuffel von der Nothwendigkeit eines ergiebigen Resultats der hiesigen Konferenzen hinreichend zu überzeugen, und wenn in Preußen wirklich die Idee, den alten Bundestag unverändert wieder herzustellen, momentan Platz gegriffen haben sollte, so haben wenigstens die Gegenvorstellungen des Fürsten Schwarzenberg zweifelsohne das Ihrige dazu beigetragen, die preußische Regierung von diesem Gedanken wieder abzubringen."

Frankfurt, 24. Februar. Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen wird vorerst nicht hierher kommen; die hier liegenden k. preußischen Truppen haben jedoch Befehl, sich zu einer großen Parademusterung bereit zu halten. Graf Pückler, Hofmarschall des Prinzen, und Hauptmann Bort sind vorgestern früh wieder von hier abgereist. — Von dem von Kassel nach der Rheinpfalz gehenden k. baierischen Cheveauxlegers-Regiment sind gestern zwei Schwadronen in unserer Gegend angelangt und wurden in dem kurhessischen Amte Bergen einquartiert. (F. J.)

München, 24. Februar. [Die Kammer der Abgeordneten] hielt heute ihre 5te Sitzung. Den Schluß der Sitzung bildete eine Anfrage des Abg. Crämer: „Hat der Abgeordnete v. d. Pfordten einen 10tägigen Präsidialurlaub gefordert oder nicht? Ist das letztere der Fall, so verlange ich sofortige Einberufung." Der Präsident antwortete darauf, daß Hr. v. d. Pfordten als Abgeordneter um Urlaub nachzusuchen habe, und daß, falls dies innerhalb 8 Tage nicht geschehe, er ihn werde auffordern lassen, seinen Sitz in der Kammer einzunehmen. (Ref.)

Stuttgart, 23. Febr. [Die beabsichtigten Demonstrationen gegen die Schweiz.] In Betreff der Schweizer Angelegenheit herrscht hier die Ansicht, daß es doch zu ernsten Demonstrationen gegen die Schweiz kommen könne, falls diese sowohl in Betreff der Neuenburger, als insbesondere in Betreff der Flüchtlings-Frage den an sie gestellten Anforderungen nicht entspricht. So viel scheint sicher, daß Seitens der deutschen Staaten bereits einige Vorbereitungsmaßregeln ergriffen worden sind, wie z. B. bei uns in Würtemberg schon 2 Infanterie-Regimenter und 1 Reiter-Regiment designirt sind, welche vorkommenden Falls zur Verwendung kommen sollen. (F. J.)

Hannover, 25. Febr. [Eine Aeußerung des Ministerpräsidenten.] In der ersten Kammer hat der Minister-Präsident v. Münchhausen heute wieder eine Erklärung abgegeben, die wir sofort mittheilen müssen. — Als das Schreiben der Regierung vom 12. Februar d. J., die extraordinären Kosten für den Militär-Etat vom 1. Juli 1850 bis letzten Juni 1851 und das Offizier-Pensionswesen betreffend, besprochen wurde, erhob sich auch der Rittmeister v. Münchhausen, einer der 33 Abgeordneten der größeren Grundbesitzer, um zu reden. Er bemerkte nun: Man kann nicht wissen, was von Dresden kommt. (Sehr wahr.) Es kann sein, daß in Folge der dortigen Beschlüsse der gegenwärtige Kriegsminister, zu dem ich Vertrauen hege, nach drei Monaten nicht mehr am Ruder ist, und dann werden wir wohl wieder die „alte Leier" haben! — Der Minister-Präsident v. Münchhausen entgegnete darauf: „Ich stelle in Abrede, daß Einflüsse von außen sich so weit geltend machen können, unsere verfassungsmäßigen Zustände zu ändern. Ich kann nur unserm Könige das Recht einräumen, auf verfassungsmäßigem Wege Schritte vorzunehmen, um Verfassungsänderungen zu bewerkstelligen." Diese Aeußerung unseres Ministerpräsidenten kann, so viel sie auch werth sein mag, unsere Besorgniß, daß in Dresden auch Schläge gegen unsere Verfassung fallen können, doch nicht ganz beseitigen. Das erwähnte Schreiben wurde an einen Ausschuß verwiesen. (D. R.)

Malchin, 24. Febr. Heute kam der Vertrag zwischen dem Könige von Preußen und dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin, betreffend den Anschluß der mecklenburg-schwerinschen Truppen an die königl. preußischen zur Verhandlung. Der erste Redner erklärt denselben mit der Bundeskriegsverfassung im Widerspruche. Serenissimus wolle den Vertrag mit den gesetzlichen Bestimmungen des Bundes in Einklang setzen. Der folgende Redner, Graf von Bernstorf-Weckendorf, sieht den Vertrag nur als einen „Entwurf" an, da ihm die vorbehaltene Genehmigung des Bundes fehle. Landrath von Blücher-Kuppentin mahnt zur Vorsicht und ist in dem Interesse der Sparsamkeit für den Antrag. v. Restorf-Rosenhagen meint, die Union sei beseitigt, es sei die Pflicht der Stände, dazu beizutragen, daß auch dieser Vertrag aufhöre. In dieser Weise geht die Debatte weiter, bis man die Angelegenheit einem Komitee überweist. Man kann hieraus auf die Freundschaft der Ritter- und Landschaft gegen Preußen einen Schluß ziehen. (K. Z.)

Hamburg, 25. Februar. [Verschiedenes.] Man spricht jetzt viel von Desertionen, die unter den hier und in Altona einquartierten österreichischen Truppen vorgekommen sind. Einzelne Deserteure wurden wieder aufgegriffen, u. A. neulich vom hiesigen Polizeigebäude aus ein Soldat in einer Droschke, unter militärischer Bedeckung, nach Altona transportirt. Zur Beförderung der hierselbst für brasilianische Dienste angeworbenen Leute sind u. A. zwei Schiffe bereits engagirt, deren jedes 300 Mann an Bord nehmen wird. Eines dieser Fahrzeuge soll der königl. preußischen Seehandlung gehören, das andere „Hamburg" und hier zu Hause, wird jetzt auf den Helgen in St. Pauli ausgebessert und sind hierbei circa 40 Schiffszimmerleute in Thätigkeit. (Wes. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 25. Februar. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Die unterm 11. d. Mts. an die Eltern, Vormündern und Lehrer Seitens des Polizeiamts gerichtete Aufforderung, ihre Kinder und Lehrlinge in strengerer Zucht zu halten, hat, so wie die vorgenommenen Züchtigungen der Unfug treibenden Gassenbuben, insofern den erwarteten Erfolg nicht gehabt, als die die Stadt besuchenden dänischen Offiziere und Ordonnanzen noch immer durch as Nachrufen von Spottnamen und in anderer Weise insultirt werden. Mit Rücksicht darauf bin ich zu der Bekanntmachung veranlaßt, daß nach einer mir gewordenen Eröffnung des p. p. kk. öster. Generals v. Signorini, falls dergleichen Insulten sich wieder ereignen, die Anordnung wird getroffen werden, daß die dabei Betheiligten durch dazu kommandirte Soldaten aufgegriffen und event. die Eltern der betroffenen Kinder inhaftirt werden. Wornach sich zu achten 2c. Rendsburger Polizei-Amt, den 25. Febr. 1851. Krohn, const."

Neustadt, 23. Februar. Das östliche Holstein scheint auch von Oesterreichern besetzt werden zu sollen. Auf den von hier aus am nächsten liegenden Dörfern im Fürstenthum Lübeck ist schon Quartier bestellt; und sind die Hufenbesitzer dieserwegen schon zusammengetreten. Auch hier scheint man sich auf den Besuch vorzubereiten, da man den Bürgermeister sehr bestürmt, ein Gesetz auszugeben, welches den Miether zwingt an der Einquartierung Theil zu nehmen; derselbe soll sich aber dahin geäußert haben, daß er in dieser Hinsicht keine gesetzgebende Gewalt sei, und auch zum Ueberfluß schon ein Gesetz da sei, welches das Nöthige bestimme. — Unsere Schiffe rüsten sich, und einige sind schon in See gegangen, und noch weiß man über die Flagge, die sie führen können oder sollen, nichts. (N. F. P.)

Glückstadt, 23. Febr. In diesen Tagen ist das Dampfschiff Kiel hier eingelaufen. Die drei Kanonenböte liegen noch auf der Werfte, sind aber jetzt alle, mit Einschluß des bei Büsum in Havarie gekommenen Bootes, anscheinend völlig seefähig. (J. W.)

Oesterreich.

8 **Wien,** 27. Februar. [Gefahrdrohendes Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Dänemark. — Die österreichische Presse.] Die Mission des Grafen Sponneck hat ein Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Dänemark herbeigeführt, wodurch sowohl die Pläne des Fürsten Schwarzenberg gefördert werden, als auch den Neigungen des Dänenthums Rechnung getragen wird. Daß der Liberalismus hiebei eine derbe Schlappe erleidet, versteht sich von selbst, und dieser Umstand allein empfiehlt den Kompromiß der russischen Huld. Das österreichische Ministerium sichert sich den Eintritt des dänischen Gesammtstaates in den großen mitteleuropäischen Handelsbund, während Rußland die Genugthuung hat, daß die demokratische Märzverfassung beseitigt und mittelst Einberufung einer Versammlung von Notablen eine neue aristokratische Konstitutionsurkunde vereinbart werden wird. Dem dänischen Hof wird dagegen der Besitz aller Theile des Reiches garantirt und die Erbfolge in der Art geordnet, daß bei dem Erlöschen des Mannsstammes auf dem dänischen Thron diesen der Großherzog von Oldenburg besteigt, wodurch auch Eutin mit Holstein vereinigt wird. Dagegen soll das Haus Augustenburg durch das Großherzogthum Oldenburg entschädigt werden, Rußland aber giebt seine Erbansprüche auf und räumt sogar dem Herzog von Glücksburg den Vorrang in der Succession ein. Bei dieser Abfindung fährt indeß Niemand schlechter als Preußen, das gänzlich bei Seite geschoben, den Dänen für immer ein Gräuel bleiben wird, während Oesterreich als ein Retter in der Noth gepriesen, den Dank erndtet. Darum ist das Korps des Feldmarschall-Lieutenant Baron Legeditsch unter keinen Umständen als abgeschnitten zu betrachten, sondern besitzt selbes vielmehr, im Besitz einer starken Festung und im Verein mit der dänischen Heeresmacht eine sichere Operationsbasis, von der aus ganz Pommern und Brandenburg mit Nachdruck bedroht werden könnte, im schlimmsten Falle aber bleibt ihm der Rückzug nach Jütland und die Einschiffung auf der dänischen Flotte gewiß. — Gegenwärtig erscheinen im Umfang des polyglotten Kaiserstaates nur 251 Journale, eine für die Größe des Reichs und die Mannigfaltigkeit der Zungen gewiß höchst geringe Ziffer, die indeß durch den geknebelten Zustand der Tagespresse in den wichtigsten Ländern der Monarchie erklärbar wird. Von diesen Blättern befassen sich blos 62 mit Politik, und 20 sind den kirchlichen Interessen gewidmet, während die übrigen Journale sich insgesammt mit speziellen Interessen und Belletristik befassen. Wenn man weiß, daß im Sommer 1848 in Wien allein 123 Journale, meist politischen Inhalts erschienen, so kann man sich allenfalls einen Begriff bilden, wie sehr die Journalistik in Oesterreich unter dem trüben Regenhimmel des Ausnahmezustandes zusammengeschrumpft sein muß. Eine einfache Berechnung giebt die Zahl aller seit November 1848 den Weg alles Fleisches gegangenen Zeitungen in Oesterreich auf 872 an, und wir halten diese Ziffer noch unter der Wahrheit. — Der junge Graf Hartig soll für seine Verdienste in Kassel zum Nachfolger des nach London bestimmten Grafen Buol-Schauenstein in St. Petersburg ernannt werden.

[Eine Note.] **Wir vernehmen aus Wien, daß im Ministerium des Aeußern eine Note an sämmtliche Großmächte und Garanten der Verträge von 1815 vorbereitet wird, in welcher sich die österreichische Regierung klar und entschieden über ihre deutsche Politik erklären will.** (Deutsche Z. a. Böhmen.)

Großbritannien.

London, 24. Fbr. [Die Erklärung Lord J. Russells.] Das Unterhaus ist heute fast vollzählig, namentlich in den Reihen der Opposition. Alle Minister mit Ausnahme Russels, des Schatzkanzlers und Palmerstons sind auf ihren Plätzen. Während der Einbringung von Petitionen bei Beginne der Sitzung werden die Konversationen der Mitglieder sehr lebhaft. Gelächter erregt Moukton Milnes, welcher sich auf den Platz des ersten Lords des Schatzes, der noch leer, niedersetzt, um mit Palmerston zu sprechen. Die Versammlung behandelt ihn als einen neuen Premier und er geht in den Spaß ein. Um 5 Uhr tritt Lord Russell ein und wird mit allgemeinem Beifalle empfangen. An der Tagesordnung wäre die Bildung des Hauses in ein Subsidien-Comitee zur Budgetberathung. Unter tiefem Schweigen erhebt sich Lord Russell: „Ich habe Freitags dem Hause versprochen, heute über die Beweggründe meiner Vertagungs-Forderung Aufklärung zu geben. Dies Haus hat noch im Gedächtnisse, daß gleich bei Beginn der Session das ehrenwerthe Mitglied für Bukinghamshire (Israeli) eine Motion auf Erleichterungen für die gedrückten Ackerbauer und Pächter stellte. Es war Jedem klar, daß diese Motion das gegenwärtige Ministerium stürzen sollte. (Hört.) Die Motion und ihre Einbringung war ganz parlamentarisch, ich habe mich darüber nicht zu beklagen. 269 Mitglieder des Hauses stimmten für, 283 dagegen. Die Regierung hatte also nur eine Majorität von 14 Stimmen. Und doch hatte der Schatzkanzler erklärt, binnen 2 Tagen das Budget einbringen zu wollen. Im Einverständnisse mit meinen Kollegen und nur verzögert durch die Abwesenheit des Marquis von Lansdowne reichte ich der Königin Sonnabend unsere Entlassung ein, die angenommen wurde. Die Königin bemerkte mir, sie wolle Lord Stanley mit Bildung eines Kabinets beauftragen. Nachmittags wurde ich in den Bukingham-Palast gerufen. Dort angekommen, eröffnete mir die Königin, Lord Stanley habe ihr erklärt, kein Kabinet bilden zu können. Ich erhielt daher einen Auftrag auf Neubildung meines Kabinets. Ich versicherte die Königin meiner möglichsten Bemühungen, wies aber auf die mir entgegenstehenden Schwierigkeiten hin, die in der That existiren. Ich glaube weiter in keine näheren Details eingehen zu dürfen, ersuche daher das Haus sich bis Freitag zu vertagen. — D'Israeli will Russells Behauptung wegen Stanleys Unvermögen, ein Kabinet zu bilden, angreifen. — Lord Russell beharrt auf dem früher Gesagten. — Roebuck macht Lord Russel unter großem Beifalle aufmerksam, wie er bei Bildung seines Kabinets für das große Prinzip des Freihandels verantwortlich sei. Die Vertagung wird sodann bewilligt.

Im Oberhause wird die Vertagung Seitens des Marquis Lansdowne gefordert. Lord Stanley erklärt, er könne über seine Unterredung mit der Königin noch nichts mittheilen. Das Haus vertagt sich auf Morgen, um eine nichtpolitische Bill zu berathen. Ein Koalitionsministerium ist wahrscheinlich.

(*) **London,** 25. Februar. [Die Minister-Krisis] dauert fort. **Meine gestrige Mittheilung, daß das neue Kabinet wahrscheinlich mit Lord John Russell, Sir Graham und Lord Aberdeen rekonstituirt werden wird, ist heute fast zur Gewißheit geworden. Diese drei Staatsmänner haben gestern Abend eine lange Konferenz bei der Königin gehabt, und scheinen sich vollends verständigt zu haben.** Die ganze Schwierigkeit liegt in den auswärtigen Angelegenheiten. Die Whigs erklären es als eine maßlose Niedrigkeit Seitens Lord Russells, wenn er in den Rücktritt Lord Palmerstons willigte, nachdem er seine Antipathie gegen die absolutistische Politik Lord Aberdeens so oft kundgegeben hat. — Auch glaubt Niemand, daß diese zwei Rivalen für das Auswärtige mit verschiedenen Portefeuilles in einem und demselben Kabinet sitzen können; einem solchen Kabinet würde jede Stabilität fehlen.

Die Unterredung der Königin mit Lord Stanley am Sonnabend blieb namentlich deshalb resultatlos, weil der Lord nur dann die Bildung eines Kabinets übernehmen wollte, wenn die Königin in die Auflösung des Parlaments willigte.

Der „Times" vom heutigen Tage entnehme ich folgende Notizen: Lord J. Russell empfing gestern früh Lord Palmerston und mehre andere Kabinets-Mitglieder in seiner Privat-Wohnung. Lord Russell begab sich hierauf in das Palais, wo er eine Audienz bei der Königin hatte.

Der Schatzkanzler Sir Wood hat seine Ausquartierung aus dem Ministerial-Gebäude begonnen.

Der Marquis von Clanricarde hatte eine Konferenz mit Lord Palmerston. D'Israeli und mehre andere Protektionisten von Einfluß haben mit Lord Stanley eine Konferenz gehabt.

Wir sind überzeugt, sagt der „Standard", daß, wenn es Lord Russell nicht gelingt sein Kabinet zu rekonstituiren, Lord Stanley in den Stand gesetzt sein wird, die Befehle der Königin zu vollziehen, und können wir hinzufügen, daß Hr. Gladstone Behufs dessen heute in London erwartet wird.

Der in Dublin organisirte katholische Meeting, um gegen die Religions-Bill zu protestiren, hat am jüngsten Sonnabend stattgehabt. Mehr als 10,000 Menschen hatten sich auf dem Platze vor der Peterskirche eingefunden. Die Diskussion war sehr ruhig, und Alles verlief in der besten Ordnung. Die Beschlüsse sind ohne alle Opposition gefaßt worden. Ein anderer sehr zahlreicher Meeting wurde zu derselben Zeit auf einem andern Punkte der Stadt abgehalten.

Folgendes ist die Anzahl der aus den verschiedenen Ländern für die Ausstellung eingegangenen Collis: Baiern 48, Preußen 273, Schweiz 99, Spanien 11, Schweden 18, Sachsen 135, Belgien 16, Verein. Staaten 14, Mexiko 4, Peru 1, Kanada 304, Neu-Schottland 23, Nassau 2, Australien 15.

Frankreich.

× **Paris,** 25. Febr. [Tagesbericht.] Die Amnestie-Frage ist von der Initiative-Kommission mit 19 gegen 3 Stimmen verworfen. Dieser Gegenstand bildet heute den Hauptpunkt der politischen Unterhaltung. Die Diskussion war von nicht geringem Interesse. Das Kabinet, vertreten durch die Minister der Justiz und des Innern, widersetzte sich der Inbetrachtnahme der Proposition. Es gab einige merkwürdige Details über die Lage der Dinge und hob hervor, daß bereits bei dem Herannahen des Jahres 1852 die revolutionären Hoffnungen erwachten, daß unter dem Schein der Arbeits-Association viele politische Verbindungen ihre alten Bande anknüpfen und daß namentlich das Lyoner Komplott auf die Spur einer Anzahl gefährlicher Gesellschaften geführt hat. Eine Amnestie würde diesen Hoffnungen nur um so mehr Nahrung geben und das Land mit einer neuen Krisis bedrohen. — Der Minister theilte die Verurtheilten in drei Kategorien: die in London, die in Genf und die auf Belle-Isle Verhafteten. Die kühnen Herausforderungen der Londoner Flüchtlinge kenne man; die Genfer haben großen Antheil an den Agitationen im Süden, und die auf Belle-Isle endlich seien ungesittete und unbändige Menschen, die jüngst wegen des Essens eine Insurrektion in dem Gefängnisse versucht haben. — Herr Piscatory ist zum Berichterstatter der Kommission gewählt worden.

Man spricht viel von den Besorgnissen des Präsidenten der Republik in Folge mehrerer Besuche, die er in den Vorstädten

gemacht und wo er nicht den Empfang gefunden, auf den er gerechnet hatte. Diese Kälte der Bevölkerung gegen ihn Angesichts der offenen Feindschaft der National-Versammlung soll nun sehr ernste Bedenken bei dem Präsidenten hervorgerufen haben. Und somit beginnen denn auch die Kommentare in den Zug zu kommen. Es werden dem Präsidenten Kriegsgedanken untergelegt, durch welche er sich popularisiren wolle, und schon führt man die Schweizerfrrage als diejenige an, welche ihm zum Vorwande eines feindlichen Auftretens gegen die nordischen Mächte dienen soll. Allein dies Alles ist absurd. Eine Annäherung zwischen dem französischen und schweizer Gouvernement hat ohne Zweifel stattgefunden; dies geht aus der Sprache sämmtlicher halboffiziellen Journale deutlich hervor und wenn noch vor wenigen Wochen das hiesige Kabinet sich denen von Wien und Berlin angeschlossen, um der Flüchtlinge wegen energisch gegen die Schweiz zu verfahren, so ist es gewiß, daß es jetzt davon absteht. Allein von da bis zu einem Kriege gegen Preußen wegen Neuchatel ist sehr weit und diejenigen, welche dem Präsidenten solche Popularitäts-Gelüste unterlegen, vergessen vor allen Dingen, daß kein Krieg ohne die Erlaubniß der National-Versammlung geführt werden kann und daß diese unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Autorisation keinesfalls ertheilen wird.

Der 24. ist auch in den Departements ruhig vorübergegangen. Hier hat der Polizei-Präfekt nachträglich die Genehmigung zu dem Bankett der Montagnards ertheilt; dasselbe ist ohne jede Störung vor sich gegangen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Febr. [Ruhestörungen.] Ein seltsamer Vorfall, der übrigens gar keinen politischen Charakter hat, gab dieser Tage zu einigen Unordnungen Anlaß. Es herrscht nämlich in einigen Landstädten die Sitte oder vielmehr Unsitte des s. g. Gänsemarsches, der darin besteht, daß immer eine Person hinter der andern hergeht und jede Bewegung des Vorangehenden aufs Genaueste nachmacht, ohne ein Wort zu reden. Bei dem schönen Mondschein voriger Woche hatten mehrere Studenten aus Upsala einen solchen Marsch veranstaltet, der allmälig 4—500 Personen herbeizog. Am 15. d. kam es dabei zu Konflikten mit der Polizei, wobei es Stockschläge setzte, die Unordnung nahm überhand, man warf mit Steinen und am Ende rückte eine Abtheilung Leibgarde zu Pferde aus. Etwa 30 Personen wurden festgenommen. Gestern wurden die Gänsemärsche durch eine Bekanntmachung des Ober-Statthalters untersagt; indessen fand Abends wieder ein Auflauf von fast 1000 Menschen statt, wobei die Polizei verhöhnt und abermals mit Steinen geworfen wurde. Die Verhafteten sind indeß meist wieder entlassen.

Christiania, 18. Febr. In Stordal und im Städtchen Levanger, nördlich von Drontheim, haben sich dieser Tage ziemlich ernstliche Exzesse zugetragen. An ersterem Orte hatte sich ein ansehnlicher Menschenhaufe zusammengerottet, um Holz in einer Privatwaldung zu fällen, ohne sich um das Verbot der Ortsbehörde zu kümmern, und bereits einen Theil des unerlaubt gefällten Holzes fortgeschafft, nachdem die von dem Eigenthümer herbeigerufene Hülfe gewaltsam vertrieben worden. In Levanger war einer der demokratischen Unruhestifter, welche das Land durchziehen und das Volk durch verderbliche Lehren irre leiten, wegen aufrührerischer Reden ins Gefängniß gebracht worden, welches hierauf von etwa 200 Personen in der Absicht, ihn zu befreien, angegriffen wurde, jedoch ohne Erfolg. Leider wurden der Amtmann und der Ortsrichter mit Steinwürfen verfolgt. Um die Wiederkehr ähnlicher Exzesse während der Instruktion des Prozesses zu verhindern, ist sowohl in Stordal als in Levanger Militär requirirt worden. Gleich nachdem diese Nachrichten eingegangen, ließ der König augenblicklich die strengsten Befehle zur unverzüglichen Unterdrückung dieser Unruhen und zur Habhaftwerdung der Schuldigen, so wie erforderlichenfalls für die Zusammenziehung ansehnlicherer Streitkräfte ertheilen. Heute eingegangenen Berichten zufolge hatten sich auch an den beiden folgenden Tagen ähnliche Exzesse in Levanger ereignet. Der Gouverneur der Provinz war bereits angelangt, nachdem er eine hinlängliche Militärmacht zusammengezogen, die von dem besten Geiste beseelt war. Man hofft daher, daß in Folge so kräftiger Maßregeln Ordnung und Ruhe bald hergestellt sein werden, und daß die große Mehrzahl der von Böswilligen irregeleiteten Menge zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sein wird. (H. C.)

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 24. Februar. [Geschenke des Papstes.] Wie wir soeben erfahren, haben Se. Heiligkeit als ein Zeichen besonderer Hochachtung und Liebe unserem hochwürdigsten Herrn Cardinal und Fürstbischof Melchior in diesen Tagen dieselbe prachtvoll verzierte Kerze zugesendet, welche Dieselben bei der letzten Lichtmeß-Prozession selbst getragen haben. Außerdem erhielt der hochwürdigste Herr Cardinal zu gleicher Zeit von Sr. Heiligkeit unter den Versicherungen der innigsten Werthschätzung und der vollkommensten Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Kirche eine kostbar gefaßte Reliquie von der h. Krippe, in welcher das Jesuskind in Bethlehem bei seiner Geburt gelegen. (Schles. Kirchenbl.)

* **Breslau,** 28. Febr. Nach dem vom Magistrat veröffentlichten Bericht über die hiesige Sparkasse für das Jahr 1850 hat sich die Summe der am Ende des Jahres 1849

	Rtl.	Sgr.	Pf.
auf	912,472	28	2
angewachsenen Einlagen im Jahre 1850 vermehrt durch baare Einzahlungen um	319,840	29	—
durch Zinsenzuwachs um	11,506	9	5
Zusammen	1,243,820	6	7
Davon wurden von den Einlegern zurückgezogen	210,411	5	4
so daß am Schlusse von 1850 das eingelegte Kapital in 15,297 Stück Quittungsbüchern	1,033,409	1	3

betrug. Das Interessenten-Kapital hat sich sonach wieder vermehrt um 120,936 Rtl. 3 Sgr. 1 Pf. Gewiß eine sehr erfreuliche Erscheinung für ein Jahr, in dessen letztem Viertheil uns ein Krieg bedrohte. Die Sparkasse besteht nun schon seit Mitte des Jahres 1821. Am Ende genannten Jahres betrugen die Einlagen bei ihr 7,300 Rtl., jetzt über eine Million; wie wohlthätig mag diese Anstalt, die in keiner Krisis gewankt, bisher in den verschiedensten Kreisen des Lebens gewirkt haben! Seit einigen Jahren können bei ihr täglich des Vormittags und Freitags Nachmittags Einlagen von 15 Sgr. bis 300 Rtl. zur Verzinsung für jeden vollen Monat mit 3⅓ pCt. p. a. gemacht werden. Im Januar und Juli aber werden wegen der Zinsenzahlungen nur Freitags Einlagen angenommen.

Das Kapital der Interessenten war Ende des Jahres 1850 angelegt:

	Rtl.	Sgr.	Pf.
in Hypotheken auf hiesige Grundstücke	309,440	—	—
„ Breslauer Kämmerei-, Stadt- und Bankgerechtigkeits-Obligationen zusammen	166,258	—	8
„ schlesischen A und B und posener Pfandbriefen zu 4 % und 3½ % zusammen	182,377	26	11
in preuß. 4½ % Staats-Anleihe	43,357	15	—
beim hiesigen Stadt-Leih-Amt	62,612	—	—
in Darlehnen gegen Unterpfand von 5 Rtl. aufwärts	231,575	9	8
wodurch mit dem Baarbestande von	37,788	9	—
sich wieder das obige Einlagen-Kapital ergiebt von	1,033,409	1	3

Von den angenommenen 40,359 Rtl. 11 Sgr. 7 Pf. Zinsen erhielten die Interessenten theils baar, theils durch Zuschreibung

	Rtl.	Sgr.	Pf.
Interessenten theils baar, theils durch Zuschreibung	32,182	20	11
der Reservefonds an Ueberschuß	7,145	19	11
und an Rückzinsen für Effekten ꝛc. wurden gezahlt	1,031	—	9
macht wie oben	40,359	11	7

Der Reservefonds, welcher am letzten Dezember 1849 29,256 Rtl. 21 Sgr. 11 Pf. betrug, ist nach Abzug sämmtlicher Gehalte, Amtsbedürfnisse und der Kosten eines großen feuersichern Geldschrankes zusammen mit 3823 Rtl. 19 Sgr. 8 Pf. am Schlusse von 1850 auf 33,704 Rtl. 11 Sgr. 3 Pf. angewachsen, und soll durch das Herübernehmen eines Theils des an den Effekten der Sparkasse haftenden Gewinns im Jahre 1851 eine bedeutendere Erhöhung erfahren, welche jedoch durch den günstigen Zustand der allgemeinen Geldverhältnisse bedingt ist. Muthmaßlich wird der Reservefonds demnach im Jahre 1852 die Höhe von 5 pCt. des jetzigen Interessenten-Kapitals erreichen.

Der Ueberschuß des Jahres 1850 von 4447 Rtl. 19 Sgr. 4 Pf. ist gegen den von 1849 um 2264 Rtl. 21 Sgr. 3 Pf. geringer. Der Bericht ertheilt darüber keinen Aufschluß, hierzu liefern jedoch der Zinsfuß von 5 pCt. für Ausleihungen von baarem Gelde durch mehr als 8 Monate des Jahres 1849, sowie die Mobilisirung und die kriegerischen Aussichten der letzten Monate des Jahres 1850, die etwa erforderliche Aufklärung.

Und so möge dieses Institut auch ferner und mehr und mehr sich der Theilnahme des Publikums erfreuen, und darnach trachten, dem großen, zu ihm gehegten Vertrauen allezeit zu entsprechen.

† **Breslau,** 28. Februar. [Polizeiliches.] Am 27. des Abends wurde unterhalb der Sandbrücke die hülferufende Stimme eines Frauenzimmers aus der Oder her gehört, welches vermuthen ließ, daß die Person an dem Rechen der Mathias-Mühle angeschwommen sei. Nach dreiviertelstündigem Suchen wurde sie auch daselbst gefunden, doch blieben die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Wer die Verunglückte sei, ist zur Zeit noch nicht ermittelt.

§ **Breslau,** 28. Febr. [9. Schwurgerichtssitzung.*) Schluß.] 3. Untersuchung wider die unverehel. Rosine Helene Leder, die unverehel. Karoline Schaffer, den Adolph Nauk und Gustav Nauk, wegen thätlicher Widersetzlichkeit gegen einen Forstbeamten mit Gewalt an dessen Person.

Die Angeklagten werden des ihnen zur Last gelegten Verbrechens überführt und von den Geschworenen für schuldig erachtet. Das richterliche Erkenntniß verurtheilt:

1) Die unverehel. Leder zu 4 Monaten Zuchthaus; 2) die unverehel. Schaffner und den Adolph Nauk, wegen desselben Verbrechens, zu gleichen Strafen; 3) den Gustav Nauk, der noch nicht 14 Jahre alt ist, zu 14tägiger Einsperrung.

§ **Breslau,** 28. Febr. [10. Schwurgerichtssitzung.] 1. Untersuchung wider den Tagearbeiter Engel, wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls und den Handelsmann Löbel Philipp, wegen Diebeshehlerei.

Staatsanwalt: O.-St.-A. Fuchs.

Vertheidiger: Rechtsanwalt Krug und Ref. Grauer.

Der Angeklagte Engel bekennt sich der Diebeshehlerei schuldig, Philipp erklärt sich für nicht schuldig. Durch den Ausspruch der Geschworenen wird Philipp der Diebeshehlerei für überführt und schuldig erachtet.

In Uebereinstimmung mit den Anträgen der Staatsanwaltschaft verurtheilt der Gerichtshof:

1) den Engel, wegen Diebeshehlerei zu 1jähriger Zuchthausstrafe, welche durch die von dem Angeklagten erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten ist; 2) den Philipp, wegen Diebeshehlerei unter erschwerenden Umständen zu 2 Jahren Zuchthaus.

2te Untersuchung wider den Dienstknecht Franz Wirth und den Tagearbeiter Rauhut, wegen zweiten, resp. ersten gewaltsamen Diebstahls.

Staatsanwalt: Assessor Kanther.

Vertheidiger: Rechtsanwälte Löwe und Salzmann.

Die Angeklagten legen ein unumwundenes Geständniß ab. Auf Grund dessen verurtheilt der Gerichtshof: 1) den Wirth, wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls zu 11 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung 3monatlicher Untersuchungshaft; 2 den Rauhut, wegen ersten gewaltsamen Diebstahls zu 15 Monaten Zuchthaus, unter Anrechnung 3monatlicher Untersuchungshaft. Gegen Beide wird Stellung unter polizeiliche Aufsicht verfügt.

† **Aus der Provinz.** [Tödtung. — Feuer.] Am 24. Februar Abends 8 Uhr wurde der Kretschmer und Eigenthümer Borisch zu Klein-Tabor im Kreise Polnisch-Wartenberg in seiner Wohnung durch einen Gewehrschuß von der Dorfstraße aus durch das Fenster von einem bis jetzt noch nicht ermittelten Thäter, getödtet.

Am 24. Febr. Abends nach 7 Uhr, brach in dem Wohngebäude des Bauergutsbesitzer Gottfried Raupach zu Nieder Berbisdorf im Kreise Schönau Feuer aus, wodurch dasselbe, so wie die zu dem Gehöfte gehörenden Gebäude, Ausgedingehaus, Scheuer und Stallung ein Raub der Flammen wurden. Menschen sind bei dem Feuer nicht beschädigt worden. Es kamen 2 Fohlen, 15 Stück Rindvieh, 14 Ziegen, 5 Schafe, 1 Schwein und sämmtliches Federvieh in den Flammen um und sämmtliches Getreide, Futter, Wirthschaftsgeräthe, Kleidungsstücke und Betten sind mit verbrannt. Die Ursache der Entstehung dieses Feuers wird in Fahrlässigkeit vermuthet und der dadurch verursachte Schaden beträgt ohngefähr 4000 Rtl.

* **Goldberg,** 26. Febr. [Anerkennung.] In Folge hoher Verfügung scheidet der königliche Landrath-Amts-Verweser Herr v. Scal aus dem Goldberg-Hainauer Kreise. Wer so, wie er, nur seinem Berufe lebt, und mit strenger Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue seinem Amte obliegt, der wird auch gewiß die verdiente Anerkennung finden. Herr v. Scal hat stets, aber ganz besonders in dem Jahre der allgemeinen Aufregung, Rechtschaffenheit, Biederkeit und Treue in seinem schweren Wirkungskreise thatsächlich bewiesen. Mit wahrer Aufopferung hat er zur Zeit der Noth durch Umsicht, Ruhe und Liebe Alles gethan, um zu erhalten, was Falschheit und Untreue dem Vaterlande so gern rauben wollte. Durch solch treues Wirken hat derselbe sich allgemeine Liebe und Vertrauen erworben, und sein Scheiden wird doppelt beklagt. Um solch einen würdigen Beamten dem Kreise länger zu erhalten, ist Alles gethan worden, was sein Hierbleiben ermöglichen sollte, aber bis jetzt — ohne Erfolg. — Heute fand auf dem Bürgerberge hier ein Festessen statt, wobei dem Gefeierten Herrn v. Scal für die treue und umsichtige Verwaltung des Kreises ein kostbarer silberner Pokal überreicht wurde.

Mannigfaltiges.

— (Breslau.) In der Illustrirten Zeitung vom 1. Febr. d. J. begegnen wir einer musikalischen Arbeit, die, so klein sie scheint, doch nicht mit Stillschweigen übergangen werden kann. Es ist dies ein von Prutz gedichtetes und von Arnold Heymann komponirtes Lied: „Wohl viele tausend Vögelein“, voll Lebensfrische und Innigkeit. Schon vor einiger Zeit hat der jugendliche, zu schönen Hoffnungen berechtigende Komponist durch eine bei Bote & Bock erschienene Komposition für den Flügel ein unverkennbares, tüchtig geschultes Talent dokumentirt. Wir können Herrn Arnold Heymann, der in unserer Mitte, und so viel wir wissen, nur der Musik lebt, ein gutes Prognostikon für seine Zukunft stellen, und sind überzeugt, daß er unsern eben nicht geringen Erwartungen zu entsprechen vermögend und Willens sein werde. (N. Berl. Musik-Ztg.)

*) Heute aus Versehen als 8. Sitzung bezeichnet.

— [Die Stärke der brittischen Artillerie.] Es ist neuerdings die Zahl der Geschütze zur Sprache gekommen, welche gegenwärtig in England, Schottland und Irland bespannt und dienstfähig vorhanden sind, und es hat sich die für eine Weltmacht allerdings fast unglaubliche Zahl von 68 ergeben; die zwar nicht kriegsmäßig mobil, aber doch beweglich vorhanden sind, das heißt in dem Verhältnisse, in welchem sich eine preußische Exerzier-Batterie befindet. Allerdings sind die Vorräthe in Woolwich ungeheuer, und bekanntlich vermag England in dieser Beziehung das Außerordentlichste; aber was helfen die Geschütze ohne eine tüchtige Bedienung, und diese ist bereits durch Ersparniß bis auf das äußerste Minimum beschränkt. Jedenfalls bleibt diese offiziell zugestandene Zahl von 68 Geschützen für das Verhältniß einer Weltmacht merkwürdig gering. (Wehrz.)

— Die Deutsche Zeitung aus Böhmen entnimmt einem Privatschreiben aus Nordamerika Folgendes: „Peoria, 10. Januar 1850. Auf meiner Reise durch die nordamerikanischen Freistaaten gelangte ich auch nach Peoria in Illinois, wo ich den Dr. Niglaß und Violand, ehemaliges Mitglied des österreichischen Reichstags, antraf. Beide leben in diesem abgelegenen Winkel der Welt ein zufriedenes Leben. Ersterer als Arzt, Letzterer als Inhaber eines Cigarrengeschäfts. Peoria ist eine der Grenzstationen der Civilisation, 1200 Meilen oberhalb St.-Louis im Staate Illinois gelegen. Vor zehn Jahren hausten da noch Indianer, heute ist es eine blühende Handelsstadt mit schon mehr als 10,000 Einwohnern. Von Oesterreichern lebt Violand als Tabakshändler in guten Verhältnissen; Fenneberg ist in New-York Redakteur einer Zeitung; Wutschel, der Rebellenchef von Wien, handelt in New-York mit Zündhölzchen; Dembinski, Neffe des Generals, ungarischer Offizier, hält in New-York einen Tabakladen; Ujhazy, der Civilgouverneur von Komorn, hat wenige Meilen von Peoria im Staate Jova eine kleine Kolonie gegründet. Von bekannten Deutschen ist Zitz in guten Verhältnissen; Metternich lebt als Schildermaler; Fröbel ging mit der Kommission zur Untersuchung des Kanalbaues nach Nicaragua; Heinzen lebt kümmerlich vom Zeitungsschreiben.“

— Unter der Ueberschrift: „Nachtgedanken eines deutschen Tabakrauchers bei der Kunde vom Tabaks-Monopol“, bringt der witzige Kossak in der „Const. Ztg.“ einen Artikel, worin er über die Folgen scherzt, welche die Einführung des Tabaks-Monopols nach sich ziehen können: „Frauen,“ sagt er unter Anderm, „die Jahre lang stillschweigend das Rauchen ihrer Männer duldeten, haben sich von ihnen getrennt, seit sie Regie-Tabak zu rauchen angefangen. Brautpaare, die seit vielen Jahren verlobt, nur einer Anstellung entgegen sahen, veruneinigten sich auf einer schwärmerischen Mondschein-Promenade. „Was rauchst du für eine scheußliche Cigarre, mein Orestes? fragt sie.“ „Es ist die Neustados Eberswaldia yellow, das Mille 50 Thaler, meine Tisiphone!“ antwortete er — worauf sich Beide stumm trennen, sie sehen sich nicht wieder. In den philosophischen Schriften der Gelehrten vermißt man den norddeutschen Tiefsinn, die Logik darin wird schlottrig; man fängt an, diese Werke für genießbarer zu halten. In der Lyrik macht sich wieder Lebensüberdruß und Europamüdigkeit geltend. Von Düsseldorf geht in der Malerei eine neue Richtung, die der trauernden Tabakraucher, aus. Auf die Preise der Lebensmittel wird das Monopol nicht ohne Einfluß bleiben. Wirsigkohl, Grünkohl und Spinat sind nur noch von Reichen zu bezahlen, da diese ehemaligen Gemüse zur Anfertigung der besseren Tabaksorten gebraucht werden. Dafür ist die Einfuhr des Seegrases um das Hundertfache gestiegen.“

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 27. Febrar. Durch die allgemeine Theilnahme des Publikums an der wichtigen Frage der Zollverhältnisse bewogen, hat sich der hiesige Handels-Verein Teutonia bereit gefunden, in öffentlichen Sitzungen den verschiedensten Meinungen Gelegenheit zu geben, sich geltend zu machen. Die verschiedenartigen Bestrebungen, welche in den Versammlungen des Freihandels-Vereins hervorgetreten, lassen sich nach vier Zielpunkten bezeichnen: entweder der von Oesterreich beabsichtigten großen deutschen Handelseinigung beizutreten oder an dem Zollverein festzuhalten, oder dem Steuerverein sich zuzuwenden, oder endlich eine noch größere Freiheit im Verkehr eintreten zu lassen. Man muß es dem Vorstande der Teutonia Dank wissen, daß derselbe zu so interessanten Erörterungen die Hand bietet. (C. B.)

Man schreibt aus dem Regierungsbezirk Köln: Die Aussicht auf Erhaltung des Friedens hat auf den Gewerbebetrieb sogleich wohlthätig gewirkt. So namentlich auf den Grubenbau zu Bensberg. Bei den Flötzeisensteingruben im Ober-Bergischen Revier sind die Betriebsstörungen nachwirkend gewesen und es haben die noch in Ausrichtung begriffenen Bleierzgruben Weylandsberg, Appollinarius und Himmelsfürst sogar ganz eingestellt werden müssen. Auf der Kupfergrube St. Marienberg im Nieder-Bergischen Revier sind in 85 Lachter unter Tage Erzanbrüche getroffen, wodurch die Gewerkschaft sich bewogen gefunden hat, den Betrieb dieser Grube einstweilen fortzusetzen. Die Anlage einer Oelhütte in Beuel zur Destillation von Brennöl aus der Blätter- oder Papierkohle der Braunkohlen-Formation hat Veranlassung gegeben, die Braunkohlengruben bei Linz wieder in Betrieb zu setzen. Von den auf der linken Rheinseite belegenen Braunkohlengruben im Brüler Revier waren 44 in Betrieb, deren Förderung 140,643 Tonnen betrug. Der Eisensteinbergbau auf dieser Rheinseite beschränkte sich auf Fortsetzung der Versuchsarbeiten in den Konzessionsfeldern Marienberg und Pissenheim und Schöne-Hoffnung bei Meckenheim. Bei Jörsheim ruht der Eisensteinbau. Der Abbau der bei Arloff in Kalkstein aufsetzenden Braunsteinnester wurde dagegen fortgesetzt und dabei in den letzten 4 Monaten 692 Ctr. Braunstein gewonnen. Der Bleierzbergbau beschränkte sich auf Fortbetrieb des Stollen auf der Grube Glücksthal bei Mütscheid. — Die Fabriken haben unter den Zeitverhältnissen ebenfalls gelitten. So hat z. B. die im Siegkreise belegene Friedrich-Wilhelmshütte, welche sonst täglich 12,000 Pfd. Roheisen, 5000 Pfd. Gußwaaren und 500 Pfd. Wascheisen lieferte und durchschnittlich 145 Personen beschäftigte, ihren Absatz während der letzten 6 Monate auf ein Drittel vermindert gesehen und deshalb die Hälfte der Arbeiter entlassen müssen. Auch der Betrieb der Tuchfabriken in Eupen stockt noch fortwährend. Dagegen waren die Fabriken im Kreise Mühlheim in gutem Betriebe und die Gerbereien im Kreise Rheinbach erfreuten sich wegen der Armeebedürfnisse eines reichlichen Absatzes. (C. C.)

Man schreibt aus dem Regierungs-Bezirk Trier: Die Fabriken erfreuen sich fortwährend eines schwunghaften Betriebes. Die Schifffahrt war auch im Dezember und Januar sehr lebhaft, besonders auf der Saar, nur wird über niedrige Frachtsätze geklagt. Die königlichen Steinkohlengruben bei Saarbrücken förderten in den 4 Monaten September bis Dezember v. J. 145,608 Fuder, à 30 Ctr., oder 1,164,870 Tonnen Steinkohlen und 591,500 Ctr. Coaks. In derselben Zeit wurden abgesetzt: an Kohlen 161,083 Fuder oder 1,288,660 Tonnen und an Coaks 589,900 Ctr. zum großen Theil über die pfälzische Ludwigsbahn. Im ganzen Jahre 1850 wurden auf den königl. Gruben an Kohlen gefördert 385,247⅛ Fuder oder 3,081,980 Tonnen und an Coaks 1,344,669 Ctr. abgesetzt. Dagegen an Kohlen 387,784⅛ Fuder (3,102,271 Tonnen) und an Coaks 1,381,515 Ctr., was gegen 1849 einen Mehrabsatz von 542,766 Tonnen Kohlen und 312,032 Ctr. Coaks ergiebt. Die gewerkschaftliche Steinkohlengrube Hostenbach hatte sich ebenfalls eines günstigen Absatzes zu erfreuen. Die Production auf den Stumschen Eisenhütten bei Neuenkirchen betrug in den letzten 4 Monaten an Roheisen 19,050 Centner, an Gußwaaren 3740 Centner, an Schmiedeeisen 960 Ctr., an gewalztem Eisen 25,000 Ctr. Auf den dazu gehörigen Gruben wurden in derselben Zeit 4870 Tonnen Eisenstein gefördert. Die Gottbillschen Eisenwerke St. Maria-Hütte und Hubertus-Hütte im Reviere St. Wendel lieferten während dieses Zeitraumes an Roheisen 3646 Ctr., an Gußwaaren 2280 Ctr., an Schmiede- und gewalztem Eisen 10,304 Ctr. und auf den zugehörigen Gruben wurden 9292 Ctr. Eisenstein gewonnen. Die Eisenhütten im Gemündener Reviere endlich lieferten 4160 Ctr. Roh-, 470 Ctr. Guß- und 2570 Ctr. Stabeisen. Die Eisensteingruben aber nur 854 Tonnen Eisenstein. Von Bleierzgruben war nur die Grube Neue Hoffnung bei Bleialf mit einem Gewinne von 464 Ctr. Glasurerzen im Betriebe, während alle übrigen Gruben fristen.

Aus Bromberg wird geschrieben: das Landgestüt zu Zirke hat, nach hier mitgetheilten amtlichen Nachrichten im vorigen Jahre durch 39 Beschäler 1853 Stuten decken lassen, und es sind 609 Hengst- und 602 Stuten-Füllen, also im Ganzen 1211 Füllen von veredelter Race geboren worden. Die Veredlung der Pferdezucht ist hiernach im Großherzogthum im Zunehmen begriffen. (C. C.)

♉ **Wien,** 27. Febr. Gerechten Unwillen erregt die hastige Beflissenheit, womit die Delegirten der Handelskammern aus den Provinzen sich unmittelbar nach der Auflösung des Zollkongresses im Bureau des Handelsministers drängten, um Reisegelder in Anspruch zu nehmen, obschon unter den mit dem Vertrauen ihrer Mitbürger beehrten Abgeordneten des Handelsstandes kaum Einer zu finden ist, der solcher Unterstützung bedürfe, ja die Meisten von ihnen ein Vermögen von etlichen hunderttausend Gulden besitzen. Welchen Grad von Achtung kann wohl die Regierung für die Vertreter der kommerziellen Interessen hegen, wenn sie wahrnimmt, wie gering der Patriotismus derselben ist, von denen das Gemeinwesen mittelst der Zoll-Reform Millionen als Opfer begehrt und die nicht im Stande sind, Hunderte dem allgemeinen Besten zu opfern.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 16. bis 22. Februar d. J. 12539 Personen und 34316 Rtlr. 9 Sgr. 3 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Haupt-Kontrole.

Inserate.

Laetitia.

Sonntag den 2. März:
Fastnachts-Soirée.
Anfang Punkt 7 Uhr.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Chausseegeld-Hebestellen zu Friedrichswille, Schalscha und Groß-Strehlitz in Oberschlesien vom 1. April d. J. ab an den Meistbietenden verpachtet werden sollen.

Der diesfällige Bietungs-Termin wird am 13. März d. J. von Vormittags 9 Uhr an bei dem königl. Haupt-Steueramte zu Oppeln abgehalten werden.

Daselbst so wie im Sekretariate des königl. Provinzial-Steuer-Direktorats zu Breslau liegen die Verpachtungs-Bedingungen zur Einsicht der Pachtlustigen aus.

Breslau, den 26. Februar 1851.

Der wirkliche geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Direktor
v. Bigeleben.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe der hier am Mauritiusplatz Nr. 9 belegenen, dem Zimmermeister Joseph Morawe gehörigen, auf 6219 Rthlr. 2 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 30. Mai 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserm Parteien-Zimmer (Junkernstr. Nr. 10) anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Realprätendenten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 5. Septbr. 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Hirschgasse Nr. 6 belegenen, den Gebrüdern Linke, Gärtner Johann Joseph August und Kandidat Johann Karl August gehörigen, auf 5283 Rthlr. 10 Sgr. 8 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin

auf den 30. Mai 1851,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Der Partikulier Karl Tscheck wird zu diesem Termine vorgeladen.

Breslau, den 21. Oktober 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf der Schmiedebrücke Nr. 12 belegenen, dem Kaufmann Friedrich Gustav Pohl gehörigen, auf 20,891 Rthlr. 19 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 30. Mai 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine wird das Reichskrämer-Mittel, desgl. der Amtmann Franz Robert Giesche, früher in Neudeck bei Glaz, hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 3. Oktober 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe der hierselbst am Neumarkt Nr. 322 belegenen, der verehelichten Partikulier v. Loeillot, Konstantine, geb. Tully, gehörigen, auf 866 Rthlr. 16 Sgr. 3 Pf. geschätzten Bude haben wir einen Termin

auf den 28. April 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine wird der Kassen-Assistent im Breslauer Berg-Amt Herr Otto Tully, oder dessen Erben hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 28. Dezember 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf der Ufergasse Nr. 44, 45 und 46 belegenen, dem Kretschmer Johann Karl Friedrich Kottwitz gehörigen, auf 17,013 Rthlr. 16 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 1. Mai 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorgeladen: Johann George Zehndel oder dessen Erben.

Breslau, den 16. Oktober 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Hummerei Nr. 32 belegenen, den Kapsch'schen Erben gehörigen, auf 5895 Rthlr. 1 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin

auf den 31. März 1851,
Vorm. 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Rath Wendt, in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 5. September 1850.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Ein Gasthof mit Destillation, neu gebaut, in einer von Fremden sehr besuchten Provinzialstadt, in einer der schönsten Gegenden Schlesiens, ist wegen Kränklichkeit des Besitzers mit 2000 Rthl. Anzahlung zu verkaufen. Näheres bei der verw. Commissionair
Herrmann, Oderstraße Nr. 14.

Ein leichter einspänniger Wagen und ein rasches Pferd, (Wallach) wird zu kaufen gesucht: Ohlauer Straße Nr. 4 eine Tr. hoch, rechts.

Bekanntmachung.

Das Kammer-Gut **Hohenstein** soll nebst Zubehör, jedoch mit Ausschluß des größten Theils des sogenannten Schräger'schen Gutes, auf acht Jahre, von Johannis 1851 bis dahin 1859, an den Meistbietenden verpachtet werden, und ist

der 14. März 1851

zum Bietungs-Termine anberaumt worden.

Es haben daher Diejenigen, welche dieses Kammergut zu pachten gesonnen sind, vor dem Bietungs-Termine sich schriftlich bei dem Finanzministerium anzumelden, über ihr zeitheriges Verhalten, ihre ökonomischen Kenntnisse und ihre Vermögens-Verhältnisse durch genügende Zeugnisse sich auszuweisen, im Bietungs-Termine, wenn ihnen der Zutritt dazu gestattet worden ist, Vormittags um 10 Uhr in der Domainen-Expedition sich anzugeben und sodann der weiteren Verhandlung vor dem Finanzministerium, welche um 11 Uhr ihren Anfang nehmen wird, sich zu gewärtigen.

Der neu angefertigte Nutzungs-Anschlag, der Pachtkontrakts-Entwurf und das Flurbuch über das Kammergut Hohenstein nebst Croquis können von den Pacht-Competenten, nach erlangter Genehmigung des Finanzministerii, von heute an in der Domainen-Expedition eingesehen werden.

Vor dem definitiven Zuschlage des Pachtes wird nicht nur die Auswahl unter den Licitanten, sondern auch die allerhöchste Genehmigung ausdrücklich vorbehalten, so daß vor dem Erfolge beider keinerlei Verbindlichkeit für den Fiskus eintritt, auch werden nach dem Schlusse der Licitation Nachgebote schlechterdings nicht angenommen.

Dresden, den 1. November 1850.
Finanz-Ministerium. Behr.

Offener Arrest.

Da über den Nachlaß des am 18. Juli 1850 zu Berlin verstorbenen Gutsbesitzers, frühern Justiz-Kommissarius Albert Gustav Bolzenthal heute der Konkurs eröffnet worden ist, so wird allen denen, welche von dem Verstorbenen Gelder, Sachen, Effekten oder Briefschaften hinter sich haben, angedeutet, hiervon an Niemand etwas zu verabfolgen, vielmehr dem unterzeichneten Kreisgericht davon sofort treulich Anzeige zu machen, und die Gelder oder Sachen, jedoch mit Vorbehalt ihrer daran habenden Rechte, in das hiesige gerichtliche Depositum abzuliefern, wobei dieselben gewarnt werden, daß, wenn dennoch an Jemand etwas gezahlt oder ausgeantwortet würde, dieses für nicht geschehen geachtet und zum Besten der Konkursmasse anderweit beigetrieben, wenn aber der Inhaber solcher Gelder und Sachen diese sogar verschweigen oder zurückhalten sollte, derselbe noch außerdem seines daran habenden Unterpfandes und andern Rechts für verlustig erklärt werden wird.

Glogau, den 22. Febr. 1851.
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Edictal-Citation.

Die verehelichte Bielig, Wilhelmine geb. Fellbrich, verw. gewesene Lischke zu Guben, hat gegen ihren Ehemann, den ehemaligen Kriminal-Protokollführer Johann Gottlob Bielig daselbst, welcher sich angeblich vor mehr als drei Jahren von hier entfernt hat, ohne von seinem Aufenthalte Nachricht zu geben, wegen böslicher Verlassung auf Trennung der Ehe geklagt.

Zur Beantwortung der Klage ist ein Termin

auf den 5. Mai 1851,
Vormittags 11 Uhr,

an Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem der Verklagte hierdurch unter der Verwarnung des Verfahrens in contumaciam mit der Anweisung vorgeladen wird, entweder in Person oder durch einen legitimirten Bevollmächtigten, wozu ihm die Rechtanwälte Merkel und Plettig vorgeschlagen werden, zu erscheinen und die Klage zum gerichtlichen Protokoll zu beantworten, oder nach seiner Wahl, statt im Termine zu erscheinen, vor oder in demselben eine, von einem Rechtsanwalte abgefaßte und mitunterschriebene Klagebeantwortung einzureichen, widrigenfalls die behauptete bösliche Verlassung für zugestanden und auf Trennung der Ehe erkannt werden wird.

Guben, den 18. Januar 1851.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bau- und Brennholz-Verkauf.

Am Dienstag den 4. März d. J. von Vormittags 10 Uhr ab sollen im Kretscham des Gastwirth Schilde zu Grochowe circa 250 Stück kiefernes Bau- und Nutzholz aus dem Schutzrevier Polnisch-Mühle des Reviers Grochowe, so wie verschiedene Brennhölzer, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Kuhbrück, den 27. Febr. 1851.
Königl. Forstverwaltung.

Zur gefälligen Beachtung der Herren Runkelrüben-Zucker-Fabrikanten.

Auch zur neuen Campagne empfehle ich mein bekanntes Preßzeug aus allen bisherigen Stoffen, und bitte um geneigte frühzeitige Aufgabe im Fall der Begünstigung.

Außerdem aber kann ich jetzt auch die im vorigen Jahr zuerst versuchten Preßtücher aus gleichen Stoffen einzeln ohne Saum in allen Dimensionen liefern, wenn die desfallsigen Aufträge recht frühzeitig eingeliefert werden, da deren Anfertigung ungleich mühsamer und langsamer als die bisherige Webungsart; aus letztgenanntem Grunde sind sie auch etwas theurer im Preise, gewähren hingegen andere Bequemlichkeiten und werden dauerhafter erachtet. Die Preise jeglicher Art stelle ich möglich billigst.

Magdeburg, im März 1851.
Friedrich Loeber.

Für Zuckerfabriken.

Wegen Vergrößerung sollen aus meiner Zuckerfabrik

1) ein schönes kupfernes Vacum, welches zu 500 Ctnr. Rüben täglich auf Melisarbeit vollkommen ausreicht und schönes Produkt liefert;
2) zwei hydraulische Pressen mit dazu gehörigem Pumpwerk, mit welchen, als Vorpressen 450 Ctnr. Rüben täglich verarbeitet werden und welche vom Commissar Hofmann in Breslau konstruirt sind;

zu höchst soliden Preisen verkauft werden.

Zuckerfabrik Sacrau bei Gogolin in Oberschl.
C. F. Siebert.

Eine sichere Hypothek von 1000 Thlr. zu 5% auf ein Grundstück, welches 20,000 Thlr. taxirt ist, ist zu verkaufen und das Nähere zu erfragen bei Gebr. **Friederici,** Ohlauerstraße Nr. 5 u. 6.

In einer höchst achtungswerthen Familie findet eine Pensionärin sofort Aufnahme bei wahrhaft elterlicher Pflege; zu erfragen bei
Jos. Delavigne, Ketzerberg 23.

Tokayer Ausbruch, die Flasche zu 16 Sgr.
fein rothen Bordeaux-Wein " 15 Sgr.
fein Bischoff " 12½ Sgr.
guten Rothwein zu Glühwein ꝛc. 7 Sgr.
empfiehlt **Herrmann Stefke,**
Reuschestraße 63.

Im unterzeichneten Verlage ist soeben erschienen und durch portofreie Einsendung von 1 Dukaten durch **Graß, Barth** und **Comp.** (Sort.-Buchh.), Herrenstraße Nr. 20, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

3. Auflage.

Zwei Geheimnisse für Landwirthe.

Koepp's chemisch koncent. Dünger

nach Wickes System, und

unfehlbares Mittel gegen die Kartoffelkrankheit,

aufs Vollständigste mitgetheilt, so daß jeder im Stande sein wird, sich diese Mittel selbst zu bereiten.

Ein Scheffel Getreide kann nach dieser Methode für den geringen Preis von **5 Sgr.** gedüngt werden. Bei kleineren Sämereien wie Raps, Rübsen, Klee ꝛc. betragen die Kosten pro Morgen kaum 1 Silbergroschen. Eine große Menge Zeugnisse und Berichte über die Wirksamkeit dieses Düngers sind beigedruckt.

Vor Nachahmungen dieses Buches wird gewarnt.

Jeder Käufer dieser Geheimnisse verpflichtet sich stillschweigend, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 50 Thl., dieselben vor dem 1. Januar 1860 Niemand mitzutheilen. Man bittet das Siegel zu beachten.

Koepp u. C., Paddengasse 8.

In der Albert A. Wenediktschen Buchhandlungen in Wien ist erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Neuester französischer Trichter,

oder der schnell lehrende Franzose.

Vollständige und sicher zum Ziele führende Anleitung, die französische Sprache ohne Lehrer

in 12 Tagen

vollkommen lesen, sprechen und schreiben zu lernen. Mit vielen Gesprächen, Spracheigenheiten und einem französischen Wörterbuche.

Von Felicien Menard.

2. verbesserte Auflage.
189 Seiten. Taschenformat. 1851. brochirt. 6 Sgr.

Es giebt noch viele ähnliche Schriften, aber keine dürfte dieser den Vorrang streitig machen. Abgesehen von der großen Billigkeit des Preises bei bedeutendem Umfange, bietet dieses Werk den Lernenden alle Mittel zum Selbstunterrichte dar. Die Aussprache mit deutschen Buchstaben durchaus bezeichnet, eine seltene Korrektheit und eine faßliche Methode, leitet den Lernenden von den ersten Anfangsgründen bis zur völligen Ausbildung ohne fremde Nachhilfe.

In **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.,** in **Brieg** bei **Ziegler.**

In G. C. Knapp's Verlagshandlung in Halle ist erschienen und durch alle Buch- und Musikalienhandlungen zu beziehen, in **Breslau** vorräthig bei **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstraße Nr. 20:

W. A. Mozart's

sehr beliebteste Opern im vollständigen Klavierauszuge mit dem Originaltext und deutscher Uebersetzung.

Prachtausgabe

mit den Partituren verglichen von
A. E. Marschner.

In sechs Lieferungen. Musikalien-Format.

Erste Lieferung: Die Zauberflöte. Mit deutschem Texte. 150 Seiten. geh. 2 Thaler.
Zweite Lieferung: Don Giovanni. Mit italienischem und deutschem Texte. 245 Seiten. geh. 3 Thaler.

Im Drucke höchst korrekt und deutlich ist diese Ausgabe in ihrer Ausstattung unstreitig die schönste, eine wahre Prachtausgabe, und unter allen in gleichem großen Notenformate die billigste, indem sie noch nicht den dritten Theil des gewöhnlichen Musikalienpreises kostet.

Bekanntmachung.

Die von dem königl. Kredit-Institute für Schlesien unterm 22. März 1839 auf die im Schweidnitzer Kreise gelegenen Güter Domantze, Hohenposeritz und Puschmühle ausgefertigten 4prozentigen Pfandbriefe Litt. B., sind vom Dominio Domantze aufgekündigt worden, und es sollen die Apoints:

Nr.	178 und 179	à 1000	Rtl.
"	1373, 1374 und 1376	à 500	"
"	3737 bis incl. Nr. 3746	à 200	"
"	6721 bis incl. 6738	à 100	"
"	11,433 und Nr. 11,434	à 50	"
"	22,358 und Nr. 22,359	à 25	"

gegen andere dergleichen Pfandbriefe gleichen Betrages eingetauscht werden.

In Gemäßheit der §§ 50 und 51 der Verordnungen vom 8. Juni 1835 (G. S. Nr. 1619) werden daher die gegenwärtigen Inhaber der bezeichneten Pfandbriefe hierdurch aufgefordert, dieselben ohne Koupons in unserem Geschäftslokale (Albrechtsstraße Nr. 16) zu präsentiren, und in deren Stelle andere dergleichen Pfandbriefe vom nämlichen Betrage in Empfang zu nehmen.

Breslau, den 1. Januar 1851.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

v. Schleinitz.

Mit Bezug auf die Erklärung des Herrn Grafen Renard vom 13. Febr. 1851 sehen wir uns in Folge der, in neuerer Zeit stattgefundenen Aufklärungen, in die Nothwendigkeit versetzt, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß Herr Graf Renard dem Carl v. Neumann, die ihm verliehen gewesenen Vollmachten nicht allein abgenommen hat, sondern derselbe auch ganz und für alle Zeiten, aus der Administration geschieden, und jede Verbindung und Beziehung mit Herrn Grafen Renard und dessen Angelegenheiten für immer gelöst und aufgehoben ist.

Diejenigen, welche in Folge von Verpflichtungen, welche Carl v. Neumann, vermöge der ihm vom Herrn Grafen Renard ertheilten Vollmacht eingegangen, Ansprüche an Herrn Grafen Renard zu haben glauben, wollen diese um so gewisser spätestens bis zum 15. März d. J. bei der unterzeichneten Direktion anmelden und anbringen, als später solche Ansprüche im gütlichen Wege nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

Gr. Strehlitz, den 25. Februar 1851.
Die Graf Renardsche Direktion. (gez.) v. Muschwitz.

Bücher, antiquarisch, meist gut gebunden: Buch der Welt, Bd. 1—8, Ldp. 32, für 15 Rthl. Beckers Weltgesch., 14 Bde., 7. Aufl., 44, 6 Rthl. Dass. 4. Aufl., 4 Rthl. — Gibbons Gesch. d. röm. Weltreichs, Ldp. 9, für 4½ Rthl. — Mylius Edikten-Sammlung, 20 Fol.-Bände nebst Register, von 1445—1800, 12 Rthl. Kamptz Jahrbücher, 66 Bde., 8 Rthl. — Herder, schöne Litteratur, Philosophie und Geschichte, 21 Bde., 3 Rthl. Lessing, 10 Bd. Halbfrzbd., 5 Rthl. v. Gaudy sämmtl. Werke, 24 Bde., 4 Rthl. — Seume, 8 Bde., 2 Rthl. — Geibels Gedichte, Prachtband, 1½ Rthl. — Schiller, 12 Bände, eleg. geb., 4½ Rthl. Stunden der Andacht, 8 Bde., Velinpapier, 6 Rthl. Dieselben, 1 Band, 3 Rthl., bei **G. Peuckert,** Schmiedebrücke Nr. 25.

Auf die Anzeige des Windmüller Hentschel und Häusler Langner in Strehlitz in der vorgestrigen Zeitung, zur Erwiderung, daß die Genannten ihre Hölzer in Kommission geben können wem sie wollen; wir Unterzeichneten jedoch nach wie vor gespaltene Brennhölzer, versteht sich auch zu denselben herabgesetzten Preisen, von bester Qualität liefern werden.

Moritz Hörder, Ohlauer Straße und Schuhbrücken-Ecke.
August Lampe, Oder-Straße Nr. 10.

Nur noch kurze Zeit ist Naturzeichnen und Malen

im brillantesten Farbenspiele auf Papier, Seide, Holz, Marmor ꝛc. (wie früher annoncirt) in 4 Stunden für 1 Rthl. 15 Sgr. Vorausbezahlung (außerm Hause 8 Rthl. für 1—4 Personen) auch Sonntags zu erlernen. Zahlreiche erwachsene Herren, Damen, ferner Schüler und Schülerinnen aus den höheren Lehr-Anstalten Breslau's und weiter Umgegend nahmen bereits am Unterrichte Theil und erregten durch ihre auf Seide, Holz ꝛc. prachtvoll gemalten Geschenke allgemeine Bewunderung.

Die Wahrheit bestätigten bereits alle Schüler durch ihre gütigen Empfehlungen. Damen haben besondere Stunden. **D. Jägermann** und Frau, Albrechtsstraße Nr. 24, eine Treppe hoch, rechts. Schülerarbeiten sind anzusehen: 12¼ bis 12½ und 3¾ bis 4 Uhr.

Thran-Glanzwichse (eigenes Fabrikat),

deren Güte seit Jahren bekannt ist, in Schachteln mit Etiquetts für 1 Rthl., (à 2 Loth) 200, (à 3 Loth) 150, (à 4 Loth) 100, (à 8 Loth) 50 Stück, in Kruken à 1 bis 10 Sgr. und lose den Ctnr. 5½ Rthl., offerirt:
C. F. W. Jacob,
Ohlauer und Bischofsstraßen-Ecke, im schwarzen Adler.

Besten Zucker-Runkelrüben-Samen

offerirt unter Garantie für Echtheit und Keimfähigkeit:
Heinrich Mette in Quedlinburg.

Pferde-Auktion.

Am Montag den 3. März d. J. Morgens von 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—5 Uhr, sowie event. zu derselben Zeit an dem folgenden Tage sollen zu Grottkau auf dem Ringe circa 140 überzählige königliche Dienst-Pferde der unterzeichneten Abtheilung gegen gleich baare Bezahlung öffentlich meistbietend verkauft werden.

Halftern oder Trensen können nicht mitgegeben werden. **Die 3. Abtheilung des 6. Artillerie-Regiments.**

Breslau, Sonnabend den 1. März:

Großes Militär-Konzert

im Weiß-Garten

vom Musikchor des 19ten Infanterie-Regmts.
Anfang 3½ Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Entree à Herr 2½ Sgr., die Dame 1 Sgr.
Programms werden an der Kasse verabreicht.
B. Buchbinder, Musikmeister.

Fleisch-Ausschieben,
heute den 1. März,
bei Hiersemann, Kleinburger Chaussee 4.

Als Volontair

zur **Oekonomie** wünscht ein wissenschaftlich und gebildeter junger Mann, um sich noch mehr in der Oekonomie auszubilden, auf einem großen Gute zu Termin Ostern d. J. eine Stellung. Gefällige Offerten wird die Weinhandlung von **C. Wendt u. Comp.,** Schuhbrücke Nr. 77, die Güte haben entgegenzunehmen.

Kapitals-Gesuch.

900 Thlr. zu 5 pCt. Zinsen werden auf eine Erbscholtisei bei Ohlau hinter schles. Pfandbriefen A. im Cessionswege baldigst durch mich gesucht. **v. Schwellengrebel,**
am Ohlauer-Stadtgraben Nr. 19.

Ein Garten ist unter vortheilhaften Bedingungen zu pachten. Das Nähere Tauenzienstraße Nr. 75 zu erfragen.

Auf dem Freigut zu Puschkowa bei Canth werden am 8. März d. J. Vormittag 10 Uhr 26 Stück Zugochsen gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft.

Zu verkaufen: 1 Schlafsopha mit Roßhaaren 9½ Thlr., 1 birkenes Sopha 6 Thlr., 1 Kleiderschrank 5½ Thlr., 1 Mahagoni-Wäschschrank 8 Thlr.: Reuschestraße Nr. 45, 2 Stiegen.

Dem Inhaber der Niederschlesisch-Märkischen Stamm-Aktie Nr. 3918 ist der ganze Coupons-Bogen verloren gegangen; der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen angemessene Belohnung im Comptoir der Herren **Gebr. Guttentag,** Ohlauer Straße abzugeben.

Ein junger Mann, von guter Erziehung, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, kann in unserm Geschäft als Lehrling ein Unterkommen finden.
Rahmer, Stern u. Cp.

Eine anständige Wirthin, mit guten Zeugnissen versehen, sucht bald oder zu Ostern eine Anstellung. Sie würde auch die Erziehung der Kinder, so wie die Krankenpflege übernehmen. Das Nähere ertheilt die Wittfrau Seller in Breslau, Burgfeld Nr. 14, par terre, im Hofe links.

Ein unverheiratheter jüdischer Lehrer, welcher auch Schächter ist, findet vom 1. April d. J. ab gegen freie Station und mäßigen Gehalt ein Unterkommen als Privatlehrer.

Näheres auf portofreie Briefe nebst Beilegung der Atteste unter Adresse: Joseph Henschel in Sagan.

Das Ober-Freigut zu Bischwitz a. B. hat 150 Sack gute gesunde Kartoffeln zu verkaufen.

Frischen Dorsch, frischen Silber-Lachs

erhielt wiederum und offerirt:
Gustav Rösner,
Fischmarkt Nr. 1, und Bürgerwerder Wassergasse Nr. 1.

Kaviar-Anzeige.

Den letzten Transport Winter-Kaviar, von vorzüglicher Qualität, der sich auch für den Sommer auf dem Eise gut konservirt, empfing und empfiehlt:
Johann Nossoff,
Altbüßerstraße Nr. 13.

Peruanischen Guano,

von dem Lager des Hrn. Oekonomie-Rath Geyer in Dresden, empfehlen den Herren Landwirthen in ganz reiner Waare:
Petrick u. Comp.,
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 21.

Reisgries

in bester Qualität, das Pfund 2¾ Sgr., bei Abnahme von 10 Pfund 2½ Sgr., empfiehlt:
Karl Steulmann,
Universitätsplatz- u. Schmiedebrücke-Ecke Nr. 36.

Ein junger Mann, Oekonom, militärfrei, gegenwärtig noch in Kondition, wünscht als Schreiber zu Ostern ein anderweitiges Unterkommen auf dem Lande.

Das Nähere bei dem Kommissionär Heidenreich, Kupferschmiedestraße Nr. 33.

Ein gebrauchtes ½-**Billard,** jedoch aber im besten Zustande, wird zu kaufen gesucht. Offerten werden franco unter Adresse Kaufmann Hrn. L. T. Czirwitzky in Kosel erbeten.

Hinterhäuser Nro. 10, eine Tr. hoch, werden alle Arten **Eingaben, Vorstellungen** und **Gesuche, Inventarien, Briefe** und **Kontrakte** angefertigt.

Das Wirthschafts-Amt Prieborn sucht zwei gebrauchte, aber noch nutzbare eiserne Dampf-Kessel, den einen zu circa 1000 Quart, den andern zu circa 1500 Quart Inhalt.

Eine Schlafstelle, bei einer reelen Wittwe, wird für ein solides Mädchen gesucht. Näheres Messergasse 17, 2 Treppen.

Neuen Patna-Reis

offerirt billig:
Robert Scholtz, am Buttermarkt.

Ein Fleischerladen ist zu vermiethen und sogleich oder zu Ostern zu überlassen. Näheres Werderstraße Nr. 22 beim Wirth.

Ein Wirthschafts-Eleve kann gegen Pension bei einer großen Herrschaft in der Nähe Breslau's ein Engagement finden. Das Nähere hierüber bei **M. J. Henschel,** Schuhbrücke 27.

Pfannkuchen, gut gefüllt, zu 1 Sgr., 9 Pf. und 6 Pf. empfiehlt die Conditorei Karlsstraße Nr. 2.

Zu verkaufen ein guter Satz Billard-Bälle, mehrere Tische, Stühle und Bänke Ursulinerstraße Nr. 21.

Ein kautionsfähiger **Milchpächter** wird auf dem Vorwerk Alt-Schliesa bald oder zum 1. April gewünscht.

Ein junger Bulldogg ist zu verkaufen: Wassergasse Nr. 1, eine Treppe hoch, links.

☞ Breitestraße Nr. 41 ist eine einzelne Stube im 2ten Stock, auf die Straße gelegen, an einen soliden Herrn zum 1. April zu vermiethen.

Zu vermiethen und theils sofort, theils Term. Ostern d. J. zu beziehen:

1) Hummerei Nr. 31 a) eine Tischlerwerkstatt; b) eine Schlosserwerkstatt;
2) Ohlauer Straße Nr. 71 eine mittlere Wohnung in der 2ten Etage;
3) Ring Nr. 32 a) die neu eingerichteten Restaurations-Lokale in der ersten Etage; b) ein Verkaufskeller; c) ein Gewölbe; d) zwei größere Wohnungen;
4) Bischofsstraße Nr. 7 a) die erste und zweite Etage; b) ein geräumiges Verkaufsgewölbe par terre mit Comptoir und vielem Beigelaß, von Term. Johannis d. J. ab;
5) Kleine Scheitniger Straße Nr. 6 (Brigittenthal) die Schanklokale nebst Wohnung und Garten;
6) Mauritiusplatz Nr. 10 a) eine mittlere Wohnung par terre;
7) Schmiedebrücke Nr. 39 mehrere mittlere und kleine Wohnungen;
8) Schmiedebrücke Nr. 40 die Bäckerei-Lokale;
9) Schmiedebrücke Nr. 42 eine mittlere Wohnung in der zweiten Etage;
10) Albrechtsstraße Nr. 18 a) die Parterre-Lokale, zu jedem Geschäfts-Betriebe sich eignend; b) die erste Etage.

Administrator **Kusche,**
Altbüßer-Straße Nr. 45.

Herrenstraße Nr. 31, in den drei Mohren, ist eine Wohnung in der 2ten Etage, aus 5 Piecen und Beigelaß bestehend, an Ostern d. J. ab zu vermiethen. Näheres bei
Em. Hein, Ring Nr. 27.

Vom 15. April ab ist in der Sand-Vorstadt ein sehr freundliches Quartier von 2 Stuben und Zubehör, für einen billigen Preis zu vermiethen. Zu erfragen in der Buchbinder-Bude am Ringe bei der Staubsäule, bei Hrn. Bänsch.

Zwei möblirte Vorderzimmer sind bald zu vermiethen: Oderstraße Nr. 14, eine Treppe.

Klosterstraße Nr. 66 sind mehrere freundliche Wohnungen, aus 3 bis 4 Stuben und Beigelaß bestehend, sofort resp. Term. Ostern d. J. zu vermiethen.

Administrator **Kusche,**
Altbüßerstraße Nr. 45.

Für stille Miether ist eine anständige Wohnung zu vermiethen: Albrechts-Straße Nr. 11. Näheres daselbst zu erfragen in der 2ten Etage.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Fräulein v. Pfeilitzer und Musik-Dir. Dade aus Berlin. Ingenieur Engel aus Kassel. Fabrik. Heinzen aus Tetschen. Lieut. v. Schimmelpfennig aus Dresden. Gräfin v. Zedlitz aus Rosenthal. Sprachlehrer Schultz aus Leipzig. Kaufm. Kleinfeller aus Kitzingen.

Markt-Preise.

Breslau am 28. Februar 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	51	49½	48	45	Sgr.
Gelber dito	50	48	46	44	"
Roggen	42	41	39	37	"
Gerste	30	28	27	26	"
Hafer	25	24	22½	21½	"
Rothe Kleesaat	11⅔	11	10	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	11	10	6—8	Rtl.
Spiritus	6⅔ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Breslau, 28. Februar. Rüböl 10⅚ Rtl. Br. Zink 2500 Ctnr. ab Gleiwitz 4 Rtl. 9⅚ Sgr. verkauft und dazu ferner Geld.

27. u. 28. Febr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″9,26‴	27″9,71‴	27″9,35‴
Thermometer	— 1,8	— 4,9	— 1,6
Windrichtung	NW	WNW	NW
Luftkreis	trübe	heiter	bed. Schn.

Börsenberichte.

Breslau, 28. Februar. (Amtlich.) (Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅝ Br. Louisd'or 108¼ Br. Polnisch Courant 93¾ Gl. Oesterreichische Banknoten 79 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 106¼ Gl. Neue Staats-Anleihe 4½% 100⅓ Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 85 5/12 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 101 1/12 Gl., neue 3½% 91 5/12 Br. Schlesische Pfandbriefe 1000 Rthlr. 3½% 95⅚ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 102 Br., Litt. B 4% 101⅙ Gl., 3½% 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 93¾ Gl., neue 93¾ Gl. Polnische Schatz-Obligationen 80⅓ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 75⅚ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A 115¼ Gl., Litt. B 109¼ Br. Krakau-Oberschlesische 74⅓ Gl. Niederschlesisch-Märk. 82 Gl., Priorität 5% 104 Br., Serie III 103½ Br. Neisse-Brieger 41⅙ Gl. Köln-Mindener — — Priorität 103½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 7/12 Br.

Berlin, 27. Februar. Fonds preishaltend und zum Theil zu Deckungen zur morgenden Liquidation etwas höher bezahlt, von Eisenbahn-Aktien stellten sich namentlich Rheinische, wegen der gegen Erwartung schlechten Januar-Einnahme, 1% niedriger, Prioritäts-Aktien ohne Leben.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 98 Br. 97¾ Gl., Priorität 5% 103½ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 74¾ Br. ½ Gld., Priorität 4% 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 37¼ à ⅜ bez., Priorität 5% 95¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 82¼ bez., Priorität 4% 94 bez., Priorität 5% 103⅜ Gld., Serie III. 5% 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 26½ Br fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 115¼ bez., Litt. B. 3½% 108¼ bez. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105¾ bez. Staats-Anleihe von 1850 4½% 100½ und Br. bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 84¾ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 Br. Posener Pfandbriefe 4% 101¼ Gld., 3½% 91⅛ Br. Preußische Bank-Antheile 95½ à ⅝ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Br., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 82 Gld., à 300 Fl. 142½ Gl.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.